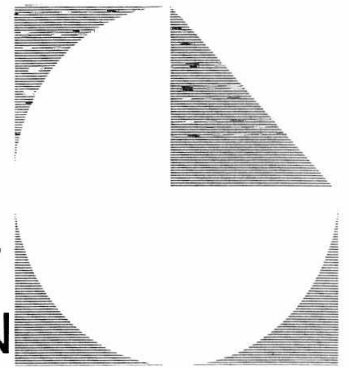


LAG

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT
SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN



TÄTIGKEITSBERICHT FÜR DIE JAHRE 1998 – 1999

Inhalt		
A:	Bericht des Vorstandes	1
B:	Sachgebiet 1 „Soziale Stadt(teil)entwicklung“	9
B1	Referat Wohnen und Mieten	9
B2	Referat Soziale Sicherung	13
C:	Sachgebiet 2 „Bildungs- und Zielgruppenarbeit“	18
C1	Referat Frauenbildung	18
C2	Frauenmodellprojekt	21
C3	Spiel- und Lernstuben	27
C4	Jugendbildungswerk	31
C5	Rockmobil	35
D:	Sachgebiet 3 „Lokale Beschäftigungsförderung“	42
E:	HEPNEST: EU-Pilotaktion „3. System und Beschäftigung“	47

A: BERICHT DES VORSTANDES FÜR DEN ZEITRAUM 1998/1999¹

1. Arbeit des Vorstandes

Geschäftsführender Vorstand: Hartmut Fritz (1. Vors.), Elsche Strauß-Wilts (2. Vors.), Heide Koradin (Kassiererin)

Beisitzer: Christel Butzbach, Edda Haak, Brunhilde Dorn (ab 09/99 für Monika Grötzinger), Jürgen Eufinger

In der Regel tagte der Vorstand monatlich, bei besonderen Aufgaben auch häufiger. Die Zusammenarbeit in den zwei Jahren war sehr intensiv und wurde von allen Vorstandsmitgliedern als verbindlich angesehen.

2. Aus dem Vereinsleben

Die **Aufgabenschwerpunkte** der letzten zwei Jahren waren:

- (1) 25-jährige Vereinsjubiläum der LAG, Einbindung der neuen Landesregierung, Besuch der neuen Sozialministerin in Gießen (siehe LAG-Festschrift)²
- (2) Absicherung der Gemeinwesenarbeit/Jugendhilfe- u. Beschäftigungsförderung, Sicherstellung der Kontinuität nach dem Regierungswechsel in Hessen
- (3) Lobbyarbeit zur Absicherung des „Sozialbudgets“/Bündnisarbeit gegen Sozialabbau, für soziale Gerechtigkeit
- (4) Beratung und Unterstützung der Projektarbeit vor Ort bei der Erschließung neuer Perspektiven
- (5) Entwicklung von Perspektiven für gefährdete Stadtteile unter Einbeziehung der BewohnerInnen im Quartier und der Stadtteilakteure
- (6) Stärkung und Aufbau eines „Netzwerkes Soziale Stadt“ auf Landes- und Bundesebene
- (7) Entwicklung von Perspektiven von schwierigen Standorten (z.B. „Lohwald“/„Grüner Weg“/ „Akazienweg“)

Besondere Ereignisse und Höhepunkte in der LAG-Vereinsarbeit waren:

- **BewohnerInnentagung Frühjahr 1998:** Thema: „Neue Nachbarschaften“, Übertragung von Erfahrungen und Erkenntnissen aus der BewohnerInnen- Arbeit der LAG auf neue Standorte, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind. Erarbeitung neuer geeigneter Selbsthilfe- und Aktivierungsansätze.

¹ Zusammengestellt aus VS-Berichten anlässlich von LAG-Mitgliederversammlungen:

- Wiesbaden/Sauerland am 6.11.99
- Marburg/Unterer Richtsberg am 4.11.00

² LAG- Festschrift: 25 Jahre „Gemeinsam für die Soziale Stadt“

- **Mitgliederversammlung Herbst 1998** in Frankfurt, Unter-Liederbach, Thema: „**Landtagswahl in Hessen**“, Absicherung des Sozialbudgets, Ausbau der Beschäftigungsförderung, Einrichtung eines Programms „**Soziale Stadterneuerung**“, unter Beteiligung der **Hess. Jugend- und Familienministerin Priska Hinz** und den sozialpolitischen SprecherInnen der Landtagsfraktionen
- **Mitgliederversammlung Herbst 1999** in Dietzenbach, Spessartviertel, **Schwerpunktthema: „Neue Soziale Brennpunkte und gefährdete Stadtteile- Neue Herausforderung für die LAG-Arbeit“**, Einbeziehung von neuen Bewohner- und Stadtteilinitiativen u. a. aus Dietzenbach.
- **Abschiedsbesuch der Hess. Sozialministerin Barbara Stolterfoth** in der LAG-Geschäftsstelle nach **Regierungswechsel in Hessen**. Würdigung der kontinuierlichen Zusammenarbeit und der nachhaltigen Unterstützung durch die Landesregierung.
- **LAG-Fest zum 25-jährigen Vereinsjubiläum im Juni 99** unter dem Motto „**Gemeinsam für die Soziale Stadt**“ in Gießen-West unter **Beteiligung der neuen Sozialministerin Marlies Mosiek-Urbahn**. Festprogramm mit über 500 Beteiligten aus allen hess. Siedlungen und LAG-Partnern, Interkulturelle Musik- und Tanzbeiträgen von Kinder-, Jugend und Erwachsenengruppen. (siehe auch **LAG-Festschrift mit Bilanz, Konzept und Perspektiven**)
- Konstituierung des Bündnisses „**Weltoffenes Hessen**“ unter Beteiligung der LAG, Gewerkschaften und Kirchen und Ausländerorganisationen für Integration und Toleranz
- Positionierung der LAG im „**Hessischen Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit**“ gegen Sozialabbau, Armut und Ausgrenzung, Festigung der sozialen Sicherungssysteme, mit dem Ziel, auf Landesebene Lobbypolitik gegen Armut und Arbeitslosigkeit zu betreiben.
- **Fachtagung „Soziale Stadterneuerung“** (Nov. 98) in Kooperation mit der Akademie in Arnoldshain, fachliche und politische Profilierung eines „**Kooperativen Stadtteilmanagements**“ zur gemeinwesen-/bewohnerorientierten, auf lokale Beschäftigung und Mittelbündelung ausgerichteten Stadtteilentwicklungspolitik, (siehe auch **LAG-Tagungsreader „HEPNEST- Soziale Stadterneuerung“**)
- **Besuch des Staatssekretär aus dem Bundesbauministerium, Achim Großmann, in Gießen** im Januar 1999, Staatssekretär Großmann konnte sich vor Ort von dem Erfolg der BewohnerInnenbeteiligung bei der Sanierung der sozialen Brennpunkte überzeugen. In Gießen konnte ihm ein schlüssiges Gesamtkonzept zur Verhinderung von Obdachlosigkeit, Beschäftigung von BewohnerInnen, Mietermitbestimmung etc. präsentiert werden, **LAG-Erfahrungen in der hessischen Entwicklung der Brennpunktarbeit vermitteln wichtige Bausteine die für Bund/Länder-Initiative „Soziale Stadt“**.

In den letzten Jahren konnten unter dem Dach der LAG **zwei Modellprojekte** neu begonnen werden, die auf der Basis der LAG-Erfahrungen in der Brennpunktarbeit neue „Soziale Stadt“-Perspektiven eröffnen:

- Start des **Frauenmodell-Projektes „IMPULS - Beteiligung von Frauen an der Stadtteilentwicklung“** (Auftaktveranstaltung mit Frauenministerin Stolterfoth im Febr. 98), das Projekt entwickelt Konzepte der Frauenbildungsarbeit weiter und setzt diese auf der örtlichen Handlungsebene auch in neuen Standorten um. (siehe **IMPULS-Sonderbericht, Jan. 99**)
- Start und Durchführung der **EU-Pilotaktion „Drittes System und Beschäftigung“** durch **LAG-Projektleitung, Fachberatung und Einrichtung von „Stadtteilwerkstätten“** an vier Modellstandorten im Rahmen des Kooperationsprojekt „**Hessisches Projektnetz Wohngebiets- und Stadtteilmanagement**“-HEPNEST (siehe **HEPNEST-Sonderbericht von Nov. 99**)
- Start der **Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt „HEGISS“** im Rahmen des **Hessischen Programms „Soziale Stadterneuerung“** mit LAG-Beteiligung (Beratung/Vernetzung/Wissentransfer/Lobby) insbesondere für die Bereiche „**Gemeinwesenarbeit/Lokale Beschäftigung**“

Beim Rückblick auf die erfolgreiche Arbeit der LAG-Geschäftsstelle und der örtlichen Projekte wird deutlich, daß auch in der Zukunft Unterstützung von BewohnerInneninitiativen, **Gemeinwesenarbeit**, und lokalen Beschäftigungsprojekten notwendig ist. Es wird darum gehen, wie notwendige und erfolgreiche Praxis unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen als **Grundversorgung für benachteiligte Bevölkerungsgruppen in den hessischen Städten und Gemeinden weiterentwickelt und abgesichert** werden kann. (→ **Randgruppenförderung und fachpolitische Steuerung durch das Land Hessen**) Es stellt sich aber auch an vielen Standorten die **Frage, wie neue Bedarfe und Problemlagen** bearbeitet werden können. Die positiven Erfahrungen müssen in andere Stadtteile und Wohngebiete vermittelt werden, es müssen **neue finanzielle und fachliche Quellen erschlossen** werden. (→ **HEGISS-Förderung durch das Land Hessen auch im Sozialbereich**)

3. Aus der Geschäftsstelle

In der Geschäftsstelle arbeiten Ende des Berichtszeitraums 18 MitarbeiterInnen, hinzu kommen die beiden Mitarbeiter beim Rock-Mobil in der Außenstelle Gießen.

Im Rahmen der seit 1997 bestehenden **Organisationsstruktur der Geschäftsstelle** (siehe LAG Festschrift), die sich in den Grundzügen bewährt hat, haben sich in den Sachgebieten einige personelle Veränderungen ergeben:

Reinhard Thies hat neben der Geschäftsführung auch die **Projektleitung für die EU-Pilotaktion (HEPNEST)** übernommen, sein Stellvertreter ist **Jürgen Maier**.

Unterstützt wird die Geschäftsführung während des EU-Projektes durch **Klaus Hoffmeister in der Verwaltungsleitung**, der nach der krankheitsbedingten Kündigung von **Bernhard Horch** auch dessen ehemalige Aufgaben in der Buchhaltung übernimmt.

Für die Koordination in den Sachgebieten ist

Jürgen Maier für den Bereich **Soziale Stadtentwicklung**,
Christina Hey für den Bereich **Bildung- und Zielgruppenarbeit**, und
Jochen Partsch für den Bereich **Lokale Beschäftigung** zuständig.

Als **neue MitarbeiterInnen** in der Geschäftsstelle wurden eingestellt:

- ⇒ **Thomas Witzel** hat die Erziehungsurlaubsvertretung ab Okt. 1999 für Bettina Wiederspahn-Wolf im Rahmen des Jugendbildungswerkes übernommen, nach zwischenzeitlicher Vertretung durch Heike Bülter und Elke Boller .
- ⇒ **Heike Bülter** (befristet) unterstützt Christina Hey derzeit in der Frauenbildungsarbeit.
- ⇒ **Annette Wippermann** ist als Soziologin/Sozialarbeiterin mit halber Stelle im Sachgebiet „Lokale Beschäftigung“ seit April 98 tätig.
- ⇒ **Andrea Röttel** ist als Juristin im Sachgebiet „Lokale Beschäftigung“ seit Dez. 98 im Rahmen einer AB- Maßnahme tätig.
- ⇒ **Tanja Jung** ist als Tontechnikerin seit Juli 99 bei Rockmobil Frankfurt im Rahmen einer AB- Maßnahme beschäftigt, es bieten sich neue Möglichkeiten zur CD-Musikproduktion.
- ⇒ **Perta Besau** wird während der Laufzeit des EU-Projektes als Jahrespraktikantin der Ev. FH Darmstadt in dem LAG-HEPNEST-Büro und in der Stadtteilwerkstatt in DA eingesetzt (Schwerpunkt: Kinderpartizipation/Verwaltung, 9/98-8/99)

4. Arbeitsschwerpunkte der Sachgebiete/Referate

Arbeitsschwerpunkte der verschiedenen Sachgebiete/Referate waren in den letzten zwei Jahren (Tätigkeitsberichte: siehe unter Kapitel B-E):

Sachgebiet 1: „Soziale Stadt(teil)entwicklung“:

- **Referat Wohnen und Mieten**

1. Verbesserung des Hilfesystems für Wohnungsnotfälle: Entwicklung und Umsetzung von Konzepten zur dauerhaften Wohnungsversorgung und Verhinderung zukünftiger Obdachlosigkeit
2. Sanierung und Auflösung von Sozialen Brennpunkten
3. Verbesserung der wohnungspolitischen Rahmenbedingungen

- **Referat Soziale Sicherung**

1. Förderung der Solidarität der von Armut/Sozialabbau Betroffenen und Einflußnahme auf die Rahmenbedingungen Sozialer Sicherung
2. Einflußnahme auf örtliche Sozial(hilfe)politik und –praxis

3. Mitarbeit und Stärkung von örtlichen und überörtlichen Aktionsbündnissen und Kooperationspartnern
4. Beteiligung und Unterstützung von örtlichen Initiativen zur „Sozialen Stadt“/ bundesweites „Netzwerk Gemeinwesenarbeit“

Sachgebiet 2: „Bildung- und Zielgruppenarbeit“:

• **Referat Spiel- und Lernstuben**

1. Absicherung der pädagogischen Angebote im Rahmen der örtlichen Kinder- und Jugendhilfe (u.a. Rahmenverträge für GWA und Jugendhilfe)
2. Kooperation mit Landesjugendamt (LJA)/ Familienbildungsstätten/Erziehungsberatung/ Frühförderung (offene Perspektive nach Auflösung des LJA)
3. Entwicklung von (Landes-) Empfehlungen zur Kinderbetreuung in benachteiligten Quartieren

• **Jugendbildungswerk**

1. Beteiligung von Jugendlichen in Politik und Nachbarschaft
2. Erhalt von Förderstrukturen in Kooperation mit anderen Bildungsträgern
3. Kooperation mit der örtlichen Jugendarbeit/Austausch in AG Jugend (AKs Mädchen/ Jungen)

• **Rockmobil Frankfurt/ Gießen**

1. Entwicklung von stadtteilbezogenen Kulturprojekten als Beteiligungsansatz im Gemeinwesen (z.B. „Sunken City“ im GWA-Verbund GI-Nord)
2. Betreuung von Bands und Gruppen/Verbreitung neuer Stilrichtungen
3. Workshops und Projekte im Rahmen von Jugendbegegnung und Kulturinitiativen

• **Referat Frauen**

1. Frauentagungen zum Thema „Soziale Stadtteilentwicklung und Frauengesundheit“
2. Aktivierung und Qualifizierung für Fraueninteressen, Überprüfung von politischen Programmen
3. Neue Arbeitsansätze im Frauenbereich in alten und neuen Quartieren („Frauenmodellprojekt“)
4. Mitwirkung in Frauennetzwerk „Frauen und Wohnungsnot“, Entwicklung eines Positionspapiers

Sachgebiet 3: „Lokale Beschäftigungsförderung

1. Beratung und Unterstützung der Beschäftigungsträger und Kommunen
2. Qualifizierung des Fachpersonals im Rahmen der Arbeitsförderung und Berufshilfe
3. Entwicklung von Förderplänen zur beruflichen Integration
4. Förderung neuer Ansätze zur „Lokalen Beschäftigung/Qualifizierung/Ökonomie“
5. Einmischung in die Diskussion um neue Förderkonzepte („Kombilohn“)

5. Finanzierung der LAG

Insgesamt hat sich die finanzielle Situation der LAG in den letzten Jahren weiter verschlechtert. Im Rahmen der traditionellen Projektförderung haben sich durch das **Einfrieren der Zuschüsse** und der fast ausschließlichen **Abhängigkeit von der Landesförderung** verbunden mit einer **jährlichen späten Bewilligung und langer Planungsunsicherheit** die Risiken in der Haushaltsabwicklung deutlich erhöht. Diese führt jährlich zu **verspäteten Tarifierungen** bei den Gehältern der MitarbeiterInnen. Auch ist es nur durch äußerste Haushaltsdisziplin und deutlichen Kürzungen (Reduzierung auf Teilzeit) möglich, den Personalstand zu erhalten. Die Auswirkungen werden wegen der Bindungen der Zuschüsse an einzelne Projekte nur in den entsprechenden Bereichen spürbar.

Im Bereich **Rockmobil Gießen** sind die Auswirkungen derzeit erkennbar. Ohne die Beauftragung und Finanzierung für neue Projekte (z.B. Kulturprojekte) sind hier Lücken zu schließen. Gleiches gilt auch für andere Bereiche.

Ohne die **Erschließung neuer Geldquellen** wäre eine deutliche Reduzierung der aller LAG-Angebote nicht zu verhindern gewesen. Das bedeutete für die MitarbeiterInnen, daß sie zusätzlich zu ihren Aufträgen, neue Aufgaben übernehmen mußten.

Durch die Modellprojekte (EU-Projekt „HEPNEST“, Frauenmodellprojekt „IMPULS“) war es möglich, die LAG in diesen Bereichen auszubauen, auch hier war dies mit neuen Verpflichtungen verbunden. Insbesondere bei dem EU-Projekt mußten **neue Mittel zur Ergänzungsfinanzierung** eingeworben und ebenfalls neues fachliches Know-How eingekauft werden, um z.B. Stadtplanungs-, Evaluations- und Neue-Medien-Kompetenz einbinden zu können. Im Rahmen von „HEPNEST“ wurden Kooperationsverträge mit der HLT, dem Institut Wohnen und Umwelt (IWU) und vier örtlichen Trägern von „Stadtteilwerkstätten“ geschlossen; finanziert wird dieses Projekt seitens des Landes neben dem Sozialministerium auch vom Wirtschafts- und Wissenschaftsministerium.

Für die Zukunft ist von einer **Planungsunsicherheit** auszugehen, weil die Bewilligungen durch das Land Hessen erst zum Jahresende vorliegen. In den vergangenen Jahren sind Tarif- und Preissteigerungen nicht durch Erhöhungen der Zuschüsse ausgeglichen worden.. Die Planungsunsicherheit hat sich insbesondere im Bereich „Lokale Beschäftigung“ ausgewirkt. Das in diesem Bereich unklare Finanzierungskonzept des Ministeriums aus dem Programm „Hessisches Aktionsprogramm Regionale Arbeitsmarktpolitik“ hat die LAG-Aktivitäten in diesem Bereich nur schwer kalkulierbar gemacht.

6. Perspektiven

Die letzten Jahre haben deutlich gemacht, daß die Themen **Gemeinwesenarbeit, Unterstützung von Selbsthilfe und Beteiligung von Betroffenen** eine hohe Bedeutung haben. Gerade in den traditionellen Sozialen Brennpunkten und benachteiligten Stadtquartieren (HEGISS-Standorten) wird der Bedarf an Beratung, Betreuung und Aktivierung auch im politischen Raum zunehmend erkannt.

Einerseits ist es notwendig, Gemeinwesen- und Bewohnerarbeit auch in den sanierten Brennpunkten auf zukünftige Bedarfe hin zu bestimmen. Es gilt die **erfolgreiche Arbeit zu sichern** und möglichst im **Rahmen einer Regelversorgung** zu erhalten.

Andererseits müssen auch **neue gefährdete Nachbarschaften** durch Gemeinwesenarbeit unterstützt werden. Es bedarf **neuer Anstrengungen zur Aktivierung von Menschen**, die in Armutsquartieren, unzureichend ausgestatteten Wohngebieten oder von sozialen Konflikten bedrohten Stadtteilen leben. Es sind **neue Kooperationen** unter den Stadtteilakteuren sowohl auf lokaler als auch auf Landesebene zu entwickeln und es braucht **neue politische Ideen** zur Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen in diesen Stadtbereichen aber auch in der Stadt insgesamt.

Mit dem **Programm „Soziale Stadt“** – Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (HEGISS)- bieten sich für die örtliche BewohnerInnen- und Gemeinwesenarbeit und die LAG einige neue Perspektiven. Durch die Zuspitzung der unterschiedlichen baulichen, sozialen und kulturellen Förderprogramme auf Bund/Länderebene auf **Stadt- und Wohngebiete mit hohen sozialen Risiken**, besteht die Hoffnung, daß neue Entwicklungen und Chancen zusammen mit den dort lebenden Menschen eingeleitet werden können. Mit den **„Stadtteilwerkstätten“** an den neuen Standorten haben wir gut vorgearbeitet, so daß wir mit überzeugenden Konzepten auf neue Partner zugehen und unsere Anliegen selbstbewußt vortragen können.

Im Sinne eines **„Kooperativen Stadtteilmanagements“** gilt es verstärkt **neue Konzepte der Zusammenarbeit unter den Akteuren** des öffentlichen, wirtschaftlichen und gemeinnützigen/bürgerschaftlichen Bereich „zwischen Markt und Staat“ zu entwickeln. Auf den Ebenen Bund/Land, Kommune und Stadtteil/Nachbarschaft bedarf es einer **Stärkung des subsidiären Bereichs**, indem bürgerschaftliches Engagement und Teilhabe von ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen sowie insbesondere freie Träger und Verbände der Wohlfahrtspflege unterstützt und gefördert werden, die sich für die Menschen vor Ort einsetzen und deren Engagement für ihr Gemeinwesen und ihre sozialen Belange aktivieren und stärken. Dabei erhält die **Aufgabe der Integration von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen** eine besondere Bedeutung.

Es ist bisher nicht gelungen, für diese Aufgaben **neue HEGISS-Förderbausteine im Sozialetat** des Landes abzusichern. Eine entsprechende LAG-Forderung ist im Landtag plaziert, die 20 Mio.-Förderung des Städtebaus ist nicht geeignet, die dringend notwendigen **sozialen Projekte im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit** sowie im Bereich **Nachbarschaftshilfe und Integration von MigrantInnen** zu fördern.

Es ist notwendig, daß gezielte Programme zur **Qualifizierungs- und Beschäftigungsförderung** von Landesseite aufgelegt werden. Die Fördermittel müssen so passgenau eingesetzt werden, daß sie auch die Menschen erreichen, die am meisten darauf angewiesen sind. Auch hier kommt es darauf an, daß Beschäftigungsträger im Stadtteil unterstützt werden, die an den Fähigkeiten der erwerbslosen Menschen anknüpfen, die unerledigte Aufgaben lösen können und die Verbesserungen der Wohn- und Lebensbedingungen bewirken. Es geht um einen **lokalen Beschäftigungsansatz**, der im Wohngebiet verankert ist. Dazu ist der **steuernde Einsatz durch zweckgebundene Landesmitteln** und die **fachliche und politische Beratung durch die LAG** weiterhin notwendig.

Durch die entspannte Lage auf dem Wohnungsmarkt ist das Thema Wohnungsnot und Obdachlosigkeit etwas aus dem Blickfeld gerückt. Trotzdem ist **unzureichende Wohnungsversorgung** und **überhöhte Mietbelastung** für viele Menschen ein drängendes Problem. Die LAG muß sich in diesem Feld weiter engagieren. Gerade in den **ländlichen Regionen** Hessens werden Menschen über schlechte Wohnungsversorgung ausgegrenzt. Hier müssen neue Partner gefunden werden. Es müssen **Konzepte zur Sicherung der Wohnungsversorgung** umgesetzt werden. Die LAG hat mit dem „Wetterau-Ansatz“ gute fachliche Vorarbeit geleistet. Durch gezielte Recherche und punktuelle Skandalisierung muß hier ein neuer Ansatz gefunden werden.

In der **Kinder- und Jugendhilfe** muß die Debatte um **fachliche Standards** neu aufgenommen werden. Es ist zu befürchten, daß mit der **Auflösung des eigenständigen Landesjugendamtes** in der hessischen Fläche die bedarfsgerechte Versorgung von Kindern, Jugendlichen und Familien sowie die Erziehungshilfe insbesondere in benachteiligten Lebenslagen Schaden nimmt. Deshalb ist es um so wichtiger, das auf der kommunalen Ebene die Festschreibung von Standards forciert wird. Durch **verbindliche Zuwendungsverträge und Leistungsvereinbarungen** muß Qualitäts- und Planungssicherheit erreicht. Unter den Beteiligten muß definiert werden, wie zukünftige Zusammenarbeit umgesetzt werden soll.

Auch in Zukunft wird es nicht erspart bleiben, sich in den **Kampf um die Verteilung und die Sicherung der Sozialstandards** einzumischen. Hierbei ist die Überwindung der Arbeitslosigkeit von zentraler Bedeutung. Alte und neue Partner sowohl auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene müssen sich zusammenschließen, um in dieser Auseinandersetzung Erfolg zu haben. Es geht um **soziale Gerechtigkeit, um faire Lastenverteilung, Verhinderung von gesellschaftlicher Ausgrenzung und Überwindung von Armut**.

Zusammen mit Bündnispartnern wird das LAG-Netzwerk weiter streiten, **um Politikverdrossenheit, Radikalismus und Fremdenfeindlichkeit zu verhindern und den sozialen Frieden nicht weiter aufs Spiel zu setzen**.

Hartmut Fritz, 1. Vorsitzender

B: SACHGEBIET 1: Soziale Stadt(teil)entwicklung

B1: REFERAT WOHNEN UND MIETEN

Die Verbesserung der Wohnbedingungen in Sozialen Brennpunkten bzw. sozial benachteiligten Stadtteilen sowie die dauerhafte Sicherung der Wohnungsversorgung auch für Einkommensschwächere gehören zu den zentralen Aufgabenfeldern des Referates Wohnen und Mieten. In den letzten beiden Jahren wurden diese Zielsetzungen vorwiegend auf folgenden drei Ebenen angegangen:

- die Entwicklung und Begleitung von Konzepten zur dauerhaften Wohnungsversorgung und Verhinderung von Obdachlosigkeit
- die Sanierung bzw. die Auflösung noch existierender Notunterkünfte und Schlichtbauten,
- die Verbesserung der wohnungspolitischen Rahmenbedingungen.

1) Kommunale Gesamtkonzepte zur Verbesserung des Hilfesystems für Wohnungsnotfälle

Aufgabe: Zur Verbesserung der Wohnbedingungen für Wohnungsnotfälle ist das Vorhandensein von kommunalen sozialen- und wohnungspolitischen Gesamtkonzepten zur dauerhaften und angemessenen Wohnungsversorgung Voraussetzung. Die LAG beteiligt sich daher an der Entwicklung und Beratung verschiedener Ansätze, die die Prävention von Wohnungsverlust, die Sicherung des sozialgebundenen Wohnungsbestandes sowie die Kooperation aller wohnungs- und sozialpolitischen Akteure zum Ziel haben.

Umsetzung: Zur verwaltungsorganisatorischen Umsetzung von kommunalen Gesamtkonzeptionen wurden in verschiedenen Kommunen die Arbeit von örtlichen Koordinations- und Fachstellen zur Wohnungssicherung, deren Aufgabe die Ressourcenbündelung unterschiedlicher Fachkompetenzen ist, beratend unterstützt. Die LAG hat zudem einen **AK „Fach- und Koordinierungsstellen Wohnen in Hessen“** mit VertreterInnen der Kommunen, kommunalen Spitzenverbänden, des Landes und der Freien Träger initiiert und durchgeführt, um einen fachlichen Austausch und Weiterentwicklung dieser Konzeption zu ermöglichen.

Zur Überwindung der im ländlichen Raum gesplitteten Zuständigkeiten zwischen dem Kreis als Sozialhilfeträger und den Gemeinden als Wohnungsfürsorgeträger hat sich die LAG für Übertragung des erfolgreichen Konzeptes des Modellprojektes „Soziale Wohn- und Obdachlosenhilfe im Wetteraukreis“ eingesetzt. Die Beratung und Unterstützung von Politik/Verwaltung und Initiativen zur Einführung bzw. Umsetzung von Wohnungsversorgungskonzepten wurde mit unterschiedlicher Intensität vor allem im **Wetteraukreis, Lahn-Dill-Kreis, Kreis Limburg-Weilburg, Landkreis Groß-Gerau, Hochtaunuskreis und Kreis Darmstadt-Dieburg** geleistet. Aufgrund des fehlenden Handlungsdrucks (vermeintlich „entspannter Wohnungsmarkt“) sind Politik und Verwaltung allerdings derzeit nur schwer für präventive Konzepte zu gewinnen.

Die LAG hat in den Jahren 97/98 die Koordination der Projektgruppe „**Frankfurter Leitbild Soziales Wohnen**“ (mit Vertretern von Stadt, Land, Freien Trägern, Wohnungswirtschaft, Sozialforschung) mit dem Ziel der Einrichtung eines Sozialen Wohnraumversorgungsverbundes übernommen. Dieser Vorstoß scheiterte trotz eines allgemein anerkannten Grundlagenpapiers. Derzeit wird von einer neuen Arbeitsgruppe von Wohnungswirtschaft und Wohnungslosenhilfe unter Beteiligung der LAG über gemeinsame Kooperationsstrategien bei der sozialen Wohnraumversorgung beraten.

Im Nachgang zum „Leitbild“-Projekt wurde die LAG von der Koordinierungsgruppe „**Verbesserung des Hilfesystems für Wohnungslose in Frankfurt**“ mit der Erstellung einer Bestandsaufnahme des Hilfesystems als Grundlage für eine spätere Entwicklung eines Rahmenkonzeptes beauftragt. Die bereits gestarteten Aktivitäten werden verstärkt im Jahr 2000 fortgesetzt.

Perspektive: Der Arbeitskreis zum fachlichen Austausch und zur Weiterentwicklung der bestehenden Fachstellen Wohnen in Hessen soll weitergeführt werden. Darüber hinaus ist es notwendig, – gerade vor dem Hintergrund der Notwendigkeit eines Gesamtkonzeptes im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ – weitere Kommunen für die Umsetzung dieser erfolgreichen Vorgehensweise zu gewinnen. Als besonders wirkungsvoll zur Verbesserung des Hilfesystems zeichnet sich die Schaffung von regionalen Wohnraumversorgungsverbänden ab, in denen wohnungs- und sozialpolitische Akteure ihre Aktivitäten gezielt vernetzen. Die LAG wird sich daher dafür einsetzen, daß diese Form der verbindlichen Zusammenarbeit in Zukunft eine stärkere Umsetzung erfährt.

2) Auflösung von Sozialen Brennpunkten mit BewohnerInnenbeteiligung

Aufgabe: Ziel ist die Auflösung von Sozialen Brennpunkten durch städtebauliche Aufwertung der Standorte oder die Aufgabe als Wohnstandort jeweils unter Einbindung der BewohnerInnen und Anwendung festgelegter Grundsätze. Nach dem Auslaufen des Landesprogrammes „Modernisierung und Sanierung von Schlicht- und Einfachunterkünften“ müssen neue Unterstützungstrategien zur Umwandlung von Obdachlosenunterkünften in Wohnungen mit Sozialwohnungsbaustandard für die noch verbliebenen hessischen Standorte entwickelt werden.

Umsetzung: Die Bemühungen zur Auflösung von Obdachlosensiedlungen waren in den vergangenen 15 Jahren in weiten Teilen Hessens sehr erfolgreich. Mit Auslaufen des Sanierungsprogrammes sind allerdings auch die Aktivitäten der Kommunen in diesem Bereich stark zurückgegangen, obwohl vielerorts – vor allem im ländlichen Raum - noch dringender Handlungsbedarf besteht.

In den vergangenen beiden Jahren war die LAG bei den laufenden Auflösungsprozessen in Offenbach/Lohwald sowie in Friedberg/Grüner Weg unterstützend tätig. Insgesamt hat sich das Engagement der LAG mehr in den präventiven Bereich zur Verhinderung von Obdachlosigkeit (s.o.) sowie zur Vermeidung neuer Sozialer Brennpunkte verlagert. In verschiedenen Standorten konnte die LAG erfolgreich gegen die Schaffung neuer Schlichtunterkünfte intervenieren.

Die bisherigen Kapazitäten für vorbereitende und begleitende Beratungen von BewohnerInneninitiativen, Verwaltungen und Kommunalpolitik bei der Planung und Durchführung von Sanierungsmaßnahmen wurde nunmehr verstärkt zur Unterstützung von Präventionsbemühungen in gefährdeten Stadtteilen eingesetzt. Dazu gehörte die Weiterentwicklung geeigneter Strukturmodelle zur Umsetzung eines funktionierenden Stadtteilmanagements unter Beteiligung aller Akteursgruppen sowie der betroffenen Wohnbevölkerung.

Perspektive: Gerade im ländlichen Raum gibt es vielerorts Nachholbedarf bei der Auflösung kommunaler Obdachlosenunterkünfte. Hier finden sich häufig noch menschenunwürdige Unterbringungsformen, die dringend überwunden werden müssen. In diesem Bereich gilt es, die zuständigen Akteure für eine Abkehr von den dort praktizierten ordnungspolitischen „Bestrafungskonzepten“ zu sensibilisieren. Ebenso müssen weiterhin neue Anläufe unternommen werden, für die noch vorhandenen Standorte in den mittleren und größeren Städten (Darmstadt/Akazienweg, Wohnwagenstandplatz/FFM-Bonames u.a.) sinnvolle Perspektiven zu entwickeln.

3) Verbesserung der wohnungspolitischen Rahmenbedingungen

Aufgabe: Die Lebenslage Wohnungsnot ist ohne ausreichenden und angemessenen Wohnraum zu tragbaren Wohnkosten nicht überwindbar. Die LAG beteiligt sich daher an der Einforderung und Entwicklung geeigneter wohnungspolitischer Instrumente und Standards zur Überwindung von Wohnungslosigkeit und Wohnungsnot. Die LAG setzt sich dafür ein, daß Bund und Länder Rahmenbedingungen schaffen, unter denen die Kommunen soziale Wohnungspolitik gestalten können.

Umsetzung: Seit 1987 arbeitet die LAG im Rahmen der „Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte“ verstärkt mit der BAG Wohnungslosenhilfe auf Bundesebene zusammen. Zur Weiterentwicklung von fachlichen Standards und Erarbeitung von Stellungnahmen arbeitete die LAG z.B. dauerhaft im Fachausschuß Wohnen der BAG Wohnungslosenhilfe mit.

Gemeinsam mit BAG W hat die LAG/BAG auf Bundesebene Gespräche mit dem Gesamtverband der Wohnungswirtschaft (GdW) geführt. In einer gemeinsamen Arbeitsgruppe wurde ein Diskussionspapier zu „Kooperationsstrategien bei der sozialen Wohnraumversorgung“ (nicht veröffentlicht) erarbeitet.

Kooperationen und fachlichen Austausch gab es auch mit verschiedenen Fachinstituten (z.B. IWU, GISS). Die Fachlichkeit der LAG war bei bundesweiten Fachtagungen gefragt

Auf Landesebene wurden auf Anfrage der Ministerien HMFAS und HMWVL verschiedene Stellungnahmen verfaßt. Zudem war die LAG in Kooperation mit den Ministerien HMFAS, HMWVL und HMJustiz an der Erstellung der **Informationsbroschüre zur „Hilfe bei Kündigung und Räumungsklage“** beteiligt.

Perspektive: Aufgaben der Lobbyarbeit auf Bundesebene sind die politische, fachliche Intervention durch die Fortführung der Gespräche mit dem Bundesbauministerium, dem GdW sowie die Weiterentwicklung der Positionspapiere der beiden Bundesarbeitsgemeinschaften. Die LAG wird sich zukünftig auch im europäischen Kontext positionieren müssen. Eine Auseinandersetzung und Beschäftigung mit den vorhandenen EU-Programmen (IGLOO, Feantsa) muß erfolgen.

Christoph Kummer

B 2: Referat Soziale Sicherung

Thesen zur Ausgangslage

- **Regierungswechsel auf Bundes- und Landesebene – Erwartungen kaum erfüllt**

Der Berichtszeitraum war politisch geprägt von der Bundestagswahl 1998, die schließlich zu einem Regierungswechsel führte und der hessischen Landtagswahl 1999, aus der ebenfalls eine neue Landesregierung hervorging. Während der Wechsel zu einer rot-grünen Bundesregierung bei sozialen Initiativen und Projekten mit der Hoffnung auf mehr Soziale Gerechtigkeit verbunden war, löste der überraschende Wahlausgang in Hessen mit einer CDU/FDP-Mehrheit zunächst große Verunsicherung bzgl. des Erhalts der sozialen Infrastruktur aus. Die Hoffnungen auf eine soziale Politik auf der Bundesebene wurden jedoch bald abgelöst von Enttäuschungen: so brachte das „Zukunftsprogramm“ genannte Sparpaket Einschränkungen z.B. auch für Erwerbslose und RentnerInnen. Die Bedarfsbemessung der Sozialhilfe wird für weitere 2 Jahre systemwidrig nach dem Anstieg der unteren Einkommen bemessen und damit nicht am Bedarf orientiert. Gleichzeitig werden die Rahmenbedingungen für Gewinnerzielung von Unternehmen durch die Steuerpolitik erheblich verbessert. Nur mit erheblichem Kraftaufwand an politischer Überzeugungsarbeit ist es den Initiativen gelungen, durchzusetzen, daß die Kindergelderhöhung zum 1.1.2000 nicht auch wieder auf die Sozialhilfe angerechnet wurde.

- **Vorrang der Existenzsicherung durch Arbeit – Entwertung von Leistungsrecht**

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen wuchs weiterhin und verfestigte sich. Aufgrund der damit verbundenen Belastung der sozialen Sicherungssysteme und der negativen Auswirkungen für die Betroffenen entwickelte sich die weitverbreitete Einschätzung, daß die beste Sozialpolitik die Vermittlung in Arbeit ist. Demgegenüber wird die Inanspruchnahme von Sozialleistungen, das Geltendmachen von Rechtsansprüchen immer häufiger als „Alimentierung“ und „Festhalten an Besitzständen“ abqualifiziert. Die wichtigen Instrumente der „Hilfe zur Arbeit“ werden häufig als Abschreckungsmittel eingesetzt. Als zumutbar gilt fast jede Arbeit, auch im Hinblick auf die Entlohnung. In diesem Zusammenhang wurde im Berichtszeitraum die Debatte um die „Kombination“ von Löhnen und Sozialleistungen, d.h. die Aufstockung von Niedriglöhnen (Kombi-Lohn) geführt. In Hessen soll eine Variante des „Kombi-Lohns“ als sog. „Einstiegsgehd“ modellhaft erprobt werden.

- **Restriktive Sozial-Verwaltungspraxis - auch eine Auswirkung von Verwaltungsreform**

Unter Kostendruck und Effektivierungsvorgaben werden im Rahmen von Reformansätzen der Sozialverwaltungen vielfältige Anstrengungen unternommen, um die Ausgaben zu reduzieren und gleichzeitig die „Kunden“ besser zu bedienen. Stichworte dafür sind z.B.: Erst- und Ausstiegsberatung, Fallmanagement, aktivierende Sozialhilfe, Regionalisierung. Die Veränderungsansätze sind weder für die Leistungsberechtigten noch für ihre Berater/innen in den Projekten und Initiativen transparent. Die Einbeziehung ihrer Kompetenzen und Erfahrungen erfolgt so gut wie nicht. So werden die Veränderungen auch überwiegend negativ beurteilt: Erlebt wird eine restriktive Bewilligungspraxis. Ziel ist es offensichtlich geworden zu vermeiden, daß jemand überhaupt einen Leistungsanspruch

geltend macht bzw. zu erreichen, daß er/sie ihn möglichst bald wieder verliert. Das Ziel der Bedarfsdeckung spielt eine immer geringere Rolle. Dies steht auch im Zusammenhang mit den z.T. bundesweiten Vergleichsdaten in steuerungsrelevanten Bereichen der Sozialhilfe mit anderen Städten bzw. Landkreisen (Benchmarking). Durch die „Experimentierklausel“ im BSHG werden - über Rechtsverordnungen der Länder - weitere Pauschalierungen in der Sozialhilfe ermöglicht. Auch dies wird die Bedarfprüfung im Einzelfall einschränken. Im Rahmen des mittlerweile gesetzlich sanktionierten Datenabgleichs entsteht außerdem der Eindruck der Unterstellung eines grundsätzlichen Mißbrauchsverdachts, obwohl alle seitherigen Ergebnisse auf einen verschwindend geringen Anteil sog. Mißbrauchsfälle hindeuten.

▪ **Kinder- und Familienarmut - Zentrales Thema in der Armutsdebatte**

Armutsuntersuchungen, vor allem Daten der Sozialhilfe auf allen politischen Ebenen, deuten darauf hin, daß die Armut von Kindern und Familien zu einem zentralen Thema in der Armutsdebatte wird. In Hessen hat dies die Antwort der alten Landesregierung auf eine große Anfrage sowie der Bericht der Enquetekommission „Soziale Lage von Familien in Hessen“ bestätigt.

▪ **Soziale Sicherung in der Kommune - Voraussetzung für die „Soziale Stadt“**

Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“, aufgelegt zur sozialen und baulichen Entwicklung von benachteiligten Stadtteilen, wurde in Hessen als „Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt“ (HEGISS) entwickelt. Dieses Programm braucht, wenn es nachhaltig wirken soll, geeignete soziale Rahmenbedingungen in der Gesamtkommune. Ressourcen und Maßnahmen der Sozialverwaltung sind seither häufig nur unzureichend in die Stadtteilentwicklungsplanung einbezogen worden. Positive Ansätze von Verwaltungsreform im Hinblick auf ein sozialräumliches Denken müssen auf die „Sozialen Stadt“-Standorte orientiert, und soziale Initiativen, z.B. von Erwerbslosen und Sozialhilfeberechtigten berücksichtigt werden.

Ziele, Aufgaben und Perspektiven

Zentrale Aufgabe des Referates ist die Sicherung der gesellschaftlichen Teilhabe von einkommensschwachen, benachteiligten und von Armut bedrohten Menschen durch Aufklärung über und Durchsetzung von Rechtsansprüchen, die Absicherung von Einkommen und die Förderung bürgernaher Hilfeeinrichtungen. Dabei spielt die Selbstorganisation der Betroffenen und deren anwaltliche Unterstützung eine große Rolle. Dies bezieht sich vor allem auf die Sozialhilfe und ihr vorgelagerten Sicherungssysteme. Unter Berücksichtigung oben beschriebener Ausgangslage verfolgte das Referat „Soziale Sicherung“ drei zentrale Zielsetzungen. Im Bericht werden die mit der jeweiligen Zielsetzung verbundenen Aufgaben beschrieben und jeweils eine Bewertung und Perspektive angefügt.

1. Ziel: Förderung der Solidarität der von Armut und Sozialabbau Betroffenen und Einflußnahme auf die Rahmenbedingungen Sozialer Sicherung

Damit verbundene Aufgaben:

- Unterstützung der Projekte, Sozialhilfe- und Erwerbsloseninitiativen in Hessen bei sozialpolitischen Aktionen, durch Informationsvermittlung (Rundbriefe), regionalen Treffen (in Nord-, Mittel- und Südhessen i.d.R. 2 x/Jahr), Durchführung von betroffenenorientierten Tagungen (jährliche Wochenend-Kooperationsveranstaltung mit dem Burckhardthaus, Gelnhausen, sowie Veranstaltungen zu aktuellen sozialpolit. Themen)
- Mitarbeit an der bundesweiten Kampagne gegen die Anrechnung des Kindergelds und seiner Erhöhungen auf die Sozialhilfe, Schreiben an die hessische Landesregierung bzgl. Stimmverhalten im Bundesrat
- Mitarbeit an der Verfassung eines Positionspapiers der LAG und dessen öffentliche Vertretung zur Kinderarmut (Pressekonferenz des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Hessen, Gesprächspartner in einer Rundfunk-Sondersendung in „Unterwegs in Hessen“), Stellungnahme im Rahmen der Enquetekommission „Soziale Lage von Familien in Hessen“
- Stellungnahme zu weiteren Pauschalierungen in der Sozialhilfe, Teilnahme an einer hessischen Armutskonferenz, Teilnahme an sozialpolitischen Foren der hessischen Parteien

Bewertung/Perspektive:

- Projekte und Initiativen haben ihren Aktionsrahmen vor allem „vor Ort“. Eine Beteiligung von Betroffenen aus Sozialen Brennpunkten an überörtlichen Aktivitäten (Euro-Marsch, Demonstration in Berlin „Arbeit und Reichtum umverteilen“) gelang nicht. Es zeichnet sich ab, daß eine Beteiligung und Mitarbeit am ehesten bei konkreten erreichbaren Zielen „vor Ort“ möglich ist. Die Kindergeldkampagne zeigt erstmals Erfolge: die Kindergelderhöhungen zum 1.1.2000 werden befristet bis zum 30.6.2002 nicht angerechnet.

2. Ziel: Einflußnahme auf örtliche Sozial(hilfe)politik und –praxis

Damit verbundene Aufgaben:

- verstärkte Beschäftigung mit Reformansätzen in den Sozialverwaltungen: Durchführung einer Kooperationsveranstaltung mit der Friedrich–Ebert-Stiftung im Hess. Landtag (ca. 150 Teilnehmer/innen), breite Vorstellung von Modellansätzen und Reformansätzen, danach Vermittlung der Erfahrungen in die Regionen (z.B. bei der LIGA der Wohlfahrtsverbände im Lahn-Dill-Kreis), Formulierung von „Anforderungen an Verwaltungsreform in den Sozialverwaltungen“ im Zusammenhang mit einer Tagung der BAG der Sozialhilfeinitiativen
- Bearbeitung weiterer inhaltlicher Schwerpunkte: Sozial(hilfe)beratung, verschiedene Ansätze von Sozialbüros, örtliche Umsetzung der Insolvenzordnung/Rolle der in GWA-Projekte integrierten Schuldnerberatung (Organisation von Erfahrungsaustausch, Unterstützung bei der Konzeptentwicklung)

- Sozialpässe: Koordination der örtlichen Aktivitäten in Hessen. Durchführung einer Tagung „Teilhabe durch Sozialpässe“ zum Erfahrungsaustausch mit den hess. Verkehrsverbänden
- Mitarbeit in örtlichen Arbeitsgruppen (z.B. Initiativentreff Frankfurt)
- Beiträge bei Foren zur kommunalen Armutsbekämpfung/Existenzsicherung (Darmstadt/Wiesbaden)

Bewertung/Perspektive:

- Durch die Initiative der LAG und einiger Projekte „Teilhabe durch Sozialpässe“ wurde das Problem mangelnder Mobilität und gesellschaftlicher Teilhabe von Menschen mit niedrigem Einkommen in verschiedenen Städten und Landkreisen in Hessen (z.B. Landkreis Gießen, Kassel, Offenbach, Rüsselsheim, Darmstadt) thematisiert und (z.T. wieder) in die politische Diskussion gebracht. Es ist schwierig z.Zt. hierfür politische Mehrheiten zu finden, da zusätzliche kommunale Gelder aufgebracht werden müssen. Eine nächste Chance sind Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Kommunalwahlkampf 2000/2001.
- Die Beeinflussung der örtlichen Praxis, vor allem im Hinblick auf die Betroffenenorientierung der Verwaltung, geht vor allem über örtliche Akteure. Ziel ist es, diese fit zu machen. Dabei gibt es einen unmittelbaren Zusammenhang zur „Sozialen Stadt“. Hier müssen Fragen materieller Existenzsicherung (auch außerhalb von Erwerbs-Arbeit) und die Verwaltungspraxis der Sozialämter im Hinblick auf eine Stadtteilorientierung einen größeren Stellenwert einnehmen.
- Die auch in Hessen geplante verstärkte Pauschalierungsmöglichkeit in der Sozialhilfe erfordert eine umfangreiche Aufklärung „vor Ort“, da die geplante Rechtsverordnung zur Experimentierklausel des § 101 a BSHG voraussichtlich einen breiten Raum für örtliche Gestaltungsmöglichkeiten zulässt.

3. Ziel: Erreichen der gesetzten Ziele in Kooperationen und Bündnissen

Damit verbundene Aufgaben:

- Mitarbeit in 2 Hessenbündnissen: „Soziale Gerechtigkeit in Hessen“ und „Weltoffenes Hessen“. Der Schwerpunkt lag eindeutig beim Landesbündnis „Soziale Gerechtigkeit“: Mitarbeit bei der Durchführung von Veranstaltungen (Forum vor der Landtagswahl und Kombi-Lohn), Mitarbeit in der Steuerungsgruppe, verantwortlich für die Arbeitsgruppe des Bündnisses „Armut/Sozialhilfe und Arbeitsmarktpolitik“ (in Koop. mit DGB Hessen), Mitarbeit an Stellungnahmen zur Koalitionsvereinbarung Hessen und zum Kombi-Lohn. Geplant sind Gespräche mit der Landespolitik. Im Bündnis „Weltoffenes Hessen“ werden die Themen „Armut von MigrantInnen/Stadtteil-Integration“ eingebracht.
- Beratende Mitarbeit im SprecherInnengremium der hessischen Erwerbsloseninitiativen (enge Zusammenarbeit mit dem DGB Hessen und den Kirchen)
- Kooperationen auf Bundesebene: vor allem mit der BAG der Sozialhilfeinitiativen, Mitarbeit bei Tagungen, kontinuierliche gemeinsame Beratung der Entwicklungen, Unterstützung der hessischen Initiativen.

Bewertung/Perspektive:

- Hessenbündnis „Soziale Gerechtigkeit“ ist ein gutes Forum zum Austausch über hessische sozialpolitische Fragestellungen und bietet die Möglichkeit, über die eigenen Institutionsgrenzen hinausgehende, sozialpolitische Felder zu verknüpfen, gemeinsam Landespolitik zu beraten und auf landespolitische Entscheidungen Einfluß zu nehmen.
- Die weiteren Kooperationen sollten aufrechterhalten werden, da mit ihnen ein dichtes sozialpolitisches Netz auf Landes- und Bundesebene geknüpft ist. Dieses Netz wird weiterhin zum Erhalt der Sozialen Sicherung gebraucht. Sie sind in ihrer Intensität jeweils davon abhängig zu machen, welche neuen Anforderungen an das Referat im Rahmen der „Sozialen Stadt“ gestellt werden. Außerdem ist zu prüfen, inwieweit „Soziale Stadt“ auch für die Kooperationspartner relevant ist.

Jürgen Maier

C: SACHGEBIET 2 „BILDUNGS- UND ZIELGRUPPENARBEIT“

C1: REFERAT FRAUENBILDUNG

1. Allgemeine Zielsetzung und Ausgangslage

Frauen in Sozialen Brennpunkten und Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf bilden ein großes Potential für die Entwicklung dieser Quartiere. Sie besitzen Stärke, Energie und eine hohe Motivation für Veränderungsprozesse. Gleichzeitig liegt die Last der Kindererziehung und Familienarbeit meist allein auf ihren Schultern, ihre materielle Existenz ist prekär und Wege zu einer eigenständigen Existenzsicherung bleiben ihnen auf Grund geringer beruflicher Qualifikation und der Erfüllung familiärer Pflichten eher verschlossen.

Das Frauenreferat der LAG arbeitet mit Bildungsveranstaltungen, Projekt- und Politikberatung, Beiträgen zur Fachdebatte, Netzwerkarbeit sowie mit der Durchführung von Modellprojekten daran, die Lebensverhältnisse von Frauen in benachteiligten Quartieren zu verbessern, ihre Beteiligung zu fördern sowie die Armut von Frauen zu überwinden.

2. Umsetzung und Perspektive

2.1. Verbesserung der Lebensverhältnisse von Frauen in benachteiligten Quartieren

Umsetzung:

Ein inhaltlicher Schwerpunkt in der Frauenbildungsarbeit war in den letzten beiden Jahren das Thema Gesundheit. In Kooperation mit dem Feministischen Frauengesundheitszentrum und der HLZ wurden dazu Tagungen durchgeführt, die neben persönlichen Aspekten auch den Zusammenhang von Frauengesundheit und Stadtteilentwicklung in den Blick nahmen.

Ein weiteres Thema bildete die Bearbeitung von Konflikten. Dazu fand ein Wochenendseminar in Kooperation mit dem Büro für staatsbürgerliche Frauenarbeit statt. In der Folge wurde deutlich, daß dieses Thema zentral für die Fragestellungen in den neuen Standorten ist und so wurden im Rahmen des Frauenmodellprojekts weitere Angebote hierzu entwickelt (siehe Bericht). Ein weiteres Wochenendseminar wurde zu Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt.

In einem Gespräch mit dem Hessischen Präventionsrat wurde der Ansatz der Gemeinwesenarbeit als Strategie zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Problemquartieren und zur Gewaltprävention erläutert.

Perspektive:

Das Thema Gesundheit wird in 2000 in Form eines Kooperationsprojekts des Feministischen Frauengesundheitszentrums und eines Gemeinwesenprojekts auf örtlicher Ebene weiter verfolgt. Dabei soll in einem ersten Schritt eine Bestandsaufnahme durchgeführt werden, die Aufschluß über den konkreten Handlungsbedarf gibt und potentielle Partner zur Umsetzung des Bedarfs aktiviert.

Konfliktbearbeitung wird weiterhin Thema bleiben und insbesondere im Frauenmodellprojekt bearbeitet werden. Die Erfahrungen, die im Rahmen örtlicher Initiativen zur Mediation in Goldstein und Kassel gesammelt werden, sollen auf Landesebene kommuniziert werden.

Ein wesentlicher Schwerpunkt muß in den beiden nächsten Jahren darin liegen, die Ansätze der Frauenarbeit, mit deren Hilfe die Lebenssituation der Frauen in den benachteiligten Quartieren verbessert werden konnten, im Rahmen der neuen Finanzierungsvereinbarungen zwischen Kommunen und Trägern zu etablieren und Leistungsbeschreibungen dazu zu entwickeln. Hier ist die LAG in ihrer Unterstützerrolle gefordert.

2.2. Förderung der Beteiligung von Frauen

Umsetzung:

Anstöße zur Förderung der Beteiligung von Frauen gingen in den beiden Berichtsjahren vor allem vom Modellprojekt des Frauenreferats „Impuls - Beteiligung von Frauen an Stadtteilentwicklung“ aus. Hier wurden an neuen Standorten Frauen aktiviert, sich in die Stadtteilentwicklung einzumischen und ihre Interessen zu Gehör zu bringen (vgl. hierzu den gesonderten Projektbericht)

In den Angeboten für die Fachkräfte im „Arbeitskreis Frauen“ wurde die Frage bearbeitet, welchen Einfluß die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in alten und neuen Quartieren haben und mit welchen neuen Arbeitsansätzen darauf reagiert werden muß. Auf die Kolleginnen kommen hier verstärkt Moderationsaufgaben zu; Moderation zwischen den verschiedenen Frauengruppen und Moderation zwischen den PartnerInnen im Stadtteilentwicklungsprozess. Im Arbeitskreis Frauen wurde damit begonnen, hier die notwendigen Qualifikationen zu vermitteln.

Perspektive:

Die Qualifizierung der KollegInnen für die neuen Aufgaben muß weiter voran getrieben werden. Insbesondere besteht Interesse, an dem Thema „Moderation“ weiter zu arbeiten.

Das Modellprojekt der LAG läuft in 2001 aus. Es ist zu überlegen, wie die Beteiligung von Frauen an Stadtteilentwicklung abgesichert werden kann.

2.3. Überwindung der Armut von Frauen

Umsetzung:

Einen weiteren Schwerpunkt in der Zielgruppenarbeit bildete die Auseinandersetzung mit den politischen Programmen der neuen Bundes- und Landesregierungen. Hier wurden Anknüpfungspunkte für Fraueninteressen herausgearbeitet. Die Frauen verfaßten einen Brief an die Frauenministerin in Bonn, um ihren Standpunkt zur Nichtanrechnung des Kindergelds auf die Sozialhilfe deutlich zu machen. Mit der Entscheidung der Bundesregierung in 1999, die Erhöhung des Kindergeldes nicht auf die Sozialhilfe anzurechnen, wurde eine alte Forderung der Frauen zumindest teilweise eingelöst, wofür sie bereits Anfang der 80er Jahre auf die Straße gegangen waren.

Im Rahmen der Mitarbeit im hessischen Netzwerk „Frauen und Wohnungsnot“ ist es gelungen, unseren präventiven Ansatz zur Verhinderung von Wohnungsnot im Positionspapier des Netzwerks zu plazieren.

Neben Bildungs- und Netzwerkarbeit liegt ein weiteres Instrument zur Bearbeitung des Themas in der Öffentlichkeitsarbeit. Es wurde z.B. in einem Referat vor der Gleichstellungskommission in Hattersheim die Gründe für weibliche Armut und Wohnungslosigkeit dargestellt und Lösungswege auch auf kommunaler Ebene aufgezeigt, insbesondere im Rahmen „Soziale Stadt“.

Perspektive:

Die Armutsdiskussion wird analog der Änderung der neuen Finanzierungsvorgaben des Landes in den nächsten Jahren vor allem auf örtlicher Ebene zu führen sein. Hier müssen neben der Integration der Fraueninteressen und insbesondere der Interessen von Armut bedrohter Frauen in Stadtteilentwicklung als ein Ansatz zur Armutsprävention kommunale Handlungskonzepte zur Überwindung von Armut und Obdachlosigkeit von Frauen diskutiert werden, die einhergehen mit Initiativen zur Wohnungsversorgung, zur beruflichen Förderung sowie zur Beratung und Bildung.

Christina Hey

C2: Frauenmodellprojekt „Impuls“³

1. Ausgangslage

Um die Beteiligung von Frauen an Stadtteilentwicklungsprozessen zu fördern, hat die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. mit Unterstützung durch das Hessische Sozialministerium ein Modellprojekt eingerichtet. Das Projekt hat die Arbeit am 01.08.97 begonnen und wurde in den Jahren 1998 und 1999 mit je 100 000 DM gefördert.

Hintergrund des Modellprojektes ist die Feststellung, daß sich soziale Ausgrenzung zunehmend in bestimmten Stadtteilen verdichtet und hier ein dringender Handlungsbedarf besteht. Stadtteilentwicklung bietet die Chance, diesem Prozeß entgegenzuwirken, eine nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen zu schaffen und soziale Integration zu fördern. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auf breiter Grundlage gewährleistet ist.

Mit dem Modellprojekt knüpft die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. an ihre langjährigen Erfahrungen in der Quartiersentwicklung an.

Gemeinsam mit den dort lebenden Menschen und den örtlichen Projekten hat sie erfolgreich an der Verbesserung der Lebensverhältnisse und der Aufwertung von Sozialen Brennpunkten gearbeitet. Es geht ihr nun darum, diese Erfahrungen in Stadtteilen mit besonderem Handlungsbedarf nutzbar zu machen.

Es zeigt sich immer wieder, daß gerade Frauen sich engagieren, wenn es um positive Veränderungen in ihrem unmittelbaren Lebenszusammenhang geht. Sie machen sich stark für Verkehrsberuhigung, Kinderspielplätze, bessere Einkaufsmöglichkeiten, Treffpunkte, Wohnungssanierung und Arbeitsplätze. Gleichzeitig erschweren Alltagsbelastungen, die Ausprägung vorhandener Beteiligungsstrukturen sowie die männliche Dominanz in Gremien und Ausschüssen die Teilhabe von Frauen an Entscheidungen.

Orientiert an der Lebenssituation der Frauen sollen im Rahmen des Modellprojektes Wege aufgezeigt werden, wie die Beteiligung von Frauen an der Stadtteilentwicklung gefördert werden kann.

2. Umsetzung

IMPULS vor Ort:

Im Rahmen des Modellprojektes IMPULS wurden Beteiligungsprozesse von Frauen an der Stadtteilentwicklung vor Ort in den Standorten Gießener Nordstadt und Darmstadt Eberstadt Süd initiiert und begleitet. Das Modellprojekt verfolgt im wesentlichen drei Ziele mit der Durchführung zeitlich befristeter Projekte an den Standorten:

- Die Aktivierung von Frauen für Stadtteilentwicklungsprozesse
- Die Schaffung frauen- und familiengerechter Stadtteile
- Den Aufbau von dauerhaften Beteiligungsstrukturen für Frauen

³ siehe auch Sonderbericht

In Gießen wurden eine Frauenrunde als Struktur für Beteiligung aufgebaut und Maßnahmen zur Verbesserung wurden auf den Weg gebracht.

Der Austausch zwischen Bewohnerinnen, Multiplikatorinnen aus verschiedenen Gruppen und hauptamtlichen Akteurinnen aus verschiedenen Einrichtungen im Stadtteil hat z.B. den Bedarf nach Treffmöglichkeiten für MigrantInnen im Stadtteil thematisiert, woraufhin ein Träger das Angebot für einen internationalen Frühstückstreff eingerichtet hat. Das Angebot wurde von Beginn an gut angenommen. Nach wie vor treffen sich zwischen 15 und 25 überwiegend türkische Frauen wöchentlich, um sich in ihrer Muttersprache über ihre Themen und ihren Alltag auszutauschen. Der Kontakt zur Frauengruppe der Stadtteilwerkstatt gewährleistet dabei den Informationstransfer zu Stadtteilentwicklungsfragen. Es ist dadurch gelungen, ein zusätzliches Angebot für Frauen im Stadtteil zu etablieren und zugleich die Beteiligung von MigrantInnen an der Stadtteilentwicklung auf den Weg zu bringen.

Die Frauengruppe greift aktuelle Themen im Stadtteil auf und führt Veranstaltungen zu Frauenbelangen durch. Hier ist insbesondere das Thema Sicherheit im Stadtteil von Bedeutung. Auf Initiative der Frauengruppe wurde die Beleuchtung öffentlicher Wege, Straßen und Plätze überprüft,

Mängel wurden beseitigt. Dabei hat sich die Frauengruppe mit anderen örtlichen AkteurInnen und Gruppen vernetzt und die Verantwortlichen in der Verwaltung aufgesucht. Zusammen mit der Frauenbeauftragten wurde eine Begehung durchgeführt, an besonders dunklen Stellen wurde eine Beleuchtung noch im selben Monat angebracht. Solche direkten Maßnahmen zur Verbesserung wie z.B. auch die Einflußnahme auf die Gestaltung einer zentralen Straße im Stadtteil und damit verbundene sichtbare Erfolge haben dazu beigetragen, daß das Selbstverständnis, sich zu beteiligen, gewachsen ist und sich verankert hat. Die Teilnehmerinnen der Runde profitieren von den Verbesserungen und es wird deutlich, das Beteiligen sich lohnt.

Außerdem haben Teilnehmerinnen aus der Frauengruppe eine Bürgerinitiative für ein bestimmtes Gebiet im Stadtteil gegründet. Hier werden sich die BewohnerInneninteressen im Rahmen der anstehenden Sanierung bündeln.

Auf Anfrage der Frauenrunde der Stadtteilwerkstatt haben wir im Sommer 1999 eine Veranstaltung zum Thema "Konflikte nachbarschaftlich lösen" in der Gießener Nordstadt durchgeführt.

Im November haben wir an einer Zukunftswerkstatt in der Gießener Nordstadt teilgenommen, um Verbesserungswünsche und Veränderungsvorschläge der Frauen im Viertel mit zu unterstützen und zu beraten.

Einige Teilnehmerinnen aus der Gießener Runde haben sich Bildungsangeboten der LAG zugeordnet und besuchen seit 1998 die Frauentagungen im Frühjahr und im Herbst. Sie berichten Frauen aus anderen Standorten von ihren erfolgreichen Beteiligungserfahrungen und tauschen sich aus über zukünftige Aktivitäten und den Perspektiven für ihren Stadtteil.

Der Beteiligungsprozess in Gießen ist seit Januar 1998 zunehmend in die Eigenverantwortlichkeit der örtlichen Akteure überführt worden. Die Frauengruppe der Stadtteilwerkstatt wird vom Modellprojekt begleitet und nur noch punktuell direkt unterstützt. In Gießen ist es gelungen, die Beteiligungsstruktur für Frauen auf eine sichere Grundlage zu stellen. In 1999 besteht die Frauengruppe der Stadtteilwerkstatt weiter und hat sich im Gesamtprozess der Stadtteilentwicklung etabliert.

In Eberstadt-Süd haben wir im März 1999 Gespräche mit Mitarbeiterinnen der Stadtteilwerkstatt, der Verwaltung (Stadtplanungsamt, Frauenbeauftragte) und dem Stadtteilmanagement geführt, um das Interesse und den Bedarf nach Aktivierung von Frauen in Eberstadt Süd abzufragen und ein Konzept zur Aktivierung von Bürgerinnen vorzuschlagen. Aufgrund bis dahin vorhandener Informationen zur Situation im Viertel haben wir das Konzept zur Durchführung einer Veranstaltungsreihe basierend auf der Methode des Erzählcafés vorgelegt, die von den Verantwortlichen als Aktivität vor Ort Zustimmung fand. In der Stadtteilwerkstatt fanden wir den örtlichen Partner zur Kooperation. Nach der Einführung in der Stadtviertelrunde im Quartier haben wir die Arbeit begonnen mit einer Erkundung der Situation von Frauen vor Ort durch eine ExpertInnenbefragung. Hierzu haben wir etwa 40 Gespräche geführt.

Nachdem Kontakte zu Multiplikatorinnen und Einzelfrauen geknüpft waren, haben wir zu einer ersten Versammlung eingeladen. Wir haben den 35 anwesenden Frauen die Ergebnisse der Erkundungsphase präsentiert und Stellungnahmen dazu eingeholt. Das darauf folgende Angebot einer gemeinsam zu planenden, zu organisierenden und durchzuführenden Veranstaltungsreihe ist auf großes Interesse im Plenum gestoßen. Es hat sich den anwesenden Frauen als passendes Angebot auf den beschriebenen Bedarf nach Kommunikation und Kontakt, Belebung der Nachbarschaft dargestellt.

An Terminen im August und September wurde die Veranstaltungsreihe geplant und organisiert. Themen, Räume und Rahmenbedingungen wurden festgelegt. Die Werbung für die Veranstaltung gemeinsam besprochen und organisiert. Der erste Versuch zur Durchführung eines Erzählcafés Mitte September schlug fehl. Die Bedenken eines Gastes bezüglich des "Auftritts" in der Öffentlichkeit konnten nicht endgültig ausgeräumt werden. Es hat statt dessen eine Veranstaltung stattgefunden, bei der sich die Frauen über den Bedarf an Freizeitangeboten und Aktivitäten für/von Frauen im Viertel verständigt haben.

Im Oktober fand das Treffen unter dem Motto "Mein Weg von Kasachstan nach Eberstadt Süd" statt - mit einer rußland-deutschen Mitbürgerin in der Rolle der aktiv Erzählenden. Die Frauenrunde selbst ist damit als Veranstalterin im Viertel öffentlich in Erscheinung getreten und hat die Möglichkeit geschaffen, in Austausch über unterschiedliche Lebenssituationen zu treten. Unter der Fragestellung "Wer wohnt in meiner Nachbarschaft" wurde mit diesem Treffen ein wichtiger Beitrag zur Belebung der Nachbarschaft geleistet. Die anwesenden Frauen haben sich gegenseitig von ihrer Befindlichkeit berichtet, haben von Erfahrungen und Erlebnissen ihres Aufwachsens, ihrer persönlichen Entwicklung und gesellschaftlichen Einflüssen gesprochen. Sie haben Unterschiede und Gemeinsamkeiten entdeckt. Ein informelles Folgetreffen im Anschluß an das Erzählcafé hat gezeigt, daß es gelungen ist, ganz unterschiedliche Frauen miteinander und öffentlich ins Gespräch zu bringen.

Parallel zu den inhaltlichen Schwerpunkten, die von den Frauen selbst bestimmt und festgelegt wurden, haben die teilnehmenden Frauen regelmäßig vom aktuellen Stand und den Entwicklungen im Rahmen der Stadtteilentwicklung allgemein erfahren. Und die Mitarbeiterinnen der Stadtteilwerkstatt haben die Anregungen und Bedürfnisse der Bürgerinnen weitergetragen in Foren und Gremien der Stadtteilentwicklung.

Im November 1999 haben zwei Bewohnerinnen des Viertels als Vertreterinnen der Frauenrunde die Veränderungswünsche und Verbesserungsvorschläge im Interesse einer frauen- und familiengerechten Stadtteilentwicklung für Eberstadt Süd auf einer BürgerInnenversammlung vorgestellt und eingefordert. Darunter Forderungen nach wohnraumnahen Gemeinschaftsräumen und Verkehrssicherheit an konkreten Gefahrenstellen im Viertel. Zu zwei weiteren Themen hat sich die Situation bis heute bereits verändert. Auf die Forderung nach Sicherheit für Frauen im Viertel haben Teilnehmerinnen der Frauenrunde gerade eine Ortsbegehung mit dem Stadtteilpolizisten und Verantwortlichen der Wohnungsbaugesellschaft initiiert und zusammen mit VertreterInnen anderer BürgerInneninitiativen durchgeführt. Eine Mängelliste wurde sowohl an die Bezirksverwaltung als auch an die Wohnungsbaugesellschaft weitergereicht.

Außerdem haben die Frauen aus ihrer Alltagserfahrung die Forderung nach der Ansiedlung eines preisgünstigen Supermarktes unterstützt. Derzeitiger Planungsstand ist, daß Aldi der Eröffnung einer Filiale im Viertel zugestimmt hat.

Im Dezember hat ein vorweihnachtliches Märchencafé stattgefunden.

Frauen aus der Frauenrunde haben sich themenspezifischen Arbeitsgruppen in der Stadtteilwerkstatt zugeordnet und die verschiedenen Beteiligungsforen stehen untereinander im Austausch.

Parallel dazu wurde die Vernetzung der Mitarbeiterinnen von Einrichtungen in Eberstadt Süd forciert und unterstützt. Die AG-Frauen der Stadtviertelrunde hat sich gegründet. Sie dient der Abstimmung und Bündelung der Fraueninteressen im Stadtteil und hat neue Wege von Kommunikation und Austausch der Fachkräfte untereinander und zu den Bürgerinnen erschlossen.

Die Aktivierung der Bewohnerinnen in Eberstadt Süd ist erfolgreich angelaufen. Das Motto "Hingehört, Ausgetauscht, Eingemischt" hat sich in die Tat umgesetzt. Unterschiedliche Frauen sind miteinander über ihre Wünsche und Bedürfnisse ins Gespräch gekommen und haben gemeinsamen Interessen nach einem frauen- und familiengerechten Stadtteil Gehör verschafft. Es ist ein Frauenforum zu Stadtteilentwicklungsfragen entstanden, dessen weitere Begleitung nach dem bevorstehenden Rückzug des Modellprojektes im März 2000 derzeit abgesichert werden muß.

Beratung und Qualifizierung

Außerdem wurden weitere Standorte zu Fragen der Frauenbeteiligung und -förderung beraten und frauenpolitische Akzente in der landespolitischen Diskussion um die Ausgestaltung des Programmes Soziale Stadt gesetzt. In der Auseinandersetzung mit den politischen Programmen der neuen Bundes- und Landesregierung wurden Anknüpfungspunkte für Fraueninteressen herausgearbeitet.

Dadurch, daß der Fokus des Modellprojektes wegen möglicher Synergieeffekte auf sog. HEPNEST-Standorte (später HEGISS) gerichtet wurde, war es notwendig, an diesen Standorten (Frankfurt Unterliederbach Ost, Kasseler Nordstadt und Dietzenbach Spessartviertel) von Anfang an den Blick auch auf die Frauen zu richten und dazu Kontakte zu den AkteurInnen der jeweiligen Stadtteilentwicklungsprozesse aufzunehmen.

Wir sind an allen Standorten in Gespräche eingetreten über Frauenfragen, d.h. über eine mögliche Verbesserung der Lebensbedingungen und über Beteiligungsmöglichkeiten von Frauen, sowie darüber, ob und wie Frauenfragen in sozialer Stadtteilentwicklung vor Ort Berücksichtigung finden sollen.

Durch das Modellprojekt ist es gelungen, daß Frauenfragen überhaupt zum Thema wurden. Das Projekt hat Impulse gegeben, um den Blick auf Frauenleben und Frauenthemen zu richten.

Zum Erfahrungstransfer zwischen verschiedenen Standorten hat das Modellprojekt zwei Exkursionen organisiert. Im Dezember 1998 hat eine Erkundungsfahrt nach Heidelberg stattgefunden. Hier haben sich hauptamtliche Akteurinnen in Stadtteilentwicklungsprozessen aus Hessen über das Heidelberger Modell der Zukunftswerkstätten zur Beteiligung von Frauen informiert und Anregungen für die Entwicklungsprozesse und die Beteiligung von Frauen in den hessischen Standorten bekommen.

Im Rahmen einer Exkursion in die Niederlande im November 1999 haben Fachkräfte aus der

Frauenarbeit in den hessischen Standorten neue Impulse für die Projektentwicklung vor Ort erhalten. Kern der Fortbildung waren die Besuche von Frauen- und Nachbarschaftsprojekten in Rotterdam. Hier erhielten die Teilnehmerinnen Einblick in neue Konzepte (Mediation in der Nachbarschaft, Tauschläden im Stadtteil) und hatten die Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch mit den niederländischen KollegInnen.

Auf einer LAG-Veranstaltung zur Sozialen Stadtteilentwicklung in Arnoldshain, bei einer Veranstaltung zur Bürgerbeteiligung der Stiftung „Die Mitarbeit“ und bei einer Veranstaltung zur Krise in der Stadt der Evangelischen Akademie in Loccum wurde das Modellprojekt vorgestellt und seine Ansätze diskutiert.

Das Modellprojekt hat in den Standorten Gießener Nordstadt und Eberstadt Süd wichtige Erfahrungen gesammelt. Es ist deutlich geworden, daß der Schwerpunkt der örtlichen Projektarbeit gerade in der Anfangsphase auf der Förderung und Aktivierung der Frauen im Stadtteil liegt. Die Einrichtung von Strukturen und die Einmischung in Stadtteilentwicklungsprozesse verlaufen parallel zu diesem Arbeitsschwerpunkt.

Das Modellprojekt hat die Entwicklung zur Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (HEGISS) begleitet und in dieser Vorlaufphase entscheidend zur Förderung und Aktivierung von Frauen beigetragen.

Die Projektarbeit von IMPULS vor Ort hat sich deshalb auf Modellstandorte konzentriert, in denen das von der EU geförderte LAG-Projekt "Stadtteilwerkstatt" der Pilotaktion "Drittes System und Beschäftigung" erprobt wurde. An den Standorten Frankfurt Unterliederbach und Dietzenbach Spessartviertel wurden die Prozesse beraten. Außerdem wurde die landespolitische Diskussion zur Entwicklung des hessischen Programmes zur Sozialen Stadt unter frauenpolitischen Gesichtspunkten verfolgt.

3. Perspektive

Diese Pilotphase des Modellprojekts ist zu Ende. Gleichzeitig geht HEGISS in größerem Umfang an den Start. Um mehrere Standorte bedienen zu können, wurde das Konzept von „Impuls“ weiterentwickelt. Es hat sich gezeigt, daß zu Beginn aller Prozesse zur Frauenbeteiligung die Aktivierung der Frauen steht. Die bisherigen Erfahrungen von IMPULS wurden ausgewertet und haben zu einer Änderung des Konzeptes geführt, in dessen Mittelpunkt die Aktivierung von Frauen im Stadtteil steht. Mit der Durchführung von eintägigen IMPULS-Werkstätten in Kooperation mit örtlichen AkteurlInnen wird versucht, in möglichst vielen Standorten in Hessen den Auftakt zur Aktivierung zu geben und einen Motivationsschub zur Beteiligung freizusetzen. Das Modellprojekt hält damit ein neues, kompaktes Angebot bereit, um an möglichst vielen Standorten Impulse zu geben und die Beteiligungsprozesse anzustoßen.

Das Modellprojekt wird sich auch weiterhin um die geschlechtsspezifische Qualifizierung des hessischen Landesprogrammes Soziale Stadt im Rahmen von HEGISS bemühen. Da die Förderung des Modellprojektes im August 2001 enden wird, muß über die zukünftige Stabilisierung und Weiterentwicklung des Aktivierungsansatzes von Frauen im Rahmen der hessischen Stadtteilentwicklungsprozesse nachgedacht werden.

Martina Köbberich, Christina Hey

C3: REFERAT SPIEL- UND LERNSTUBEN

1. Ausgangslage und Ziele:

Kinder in Sozialen Brennpunkten und Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf erhalten in ihren Familien nicht immer die benötigte Versorgung und Förderung. Die Eltern sind beschäftigt mit der materiellen Existenzsicherung, so daß die Kinder teilweise auf sich selbst gestellt sind und ein Sozialverhalten entwickeln, das für sie selbst, aber auch für andere, Gefährdungen mit sich bringt. Die Kinder sind zum Teil unterversorgt und häufig krank. Die Eltern erleben die Erziehungssituation als Überforderung und erhalten wenig Unterstützung, bzw. sind schwer in der Lage, Unterstützung anzunehmen. Es besteht hier über die gesetzlich geregelte Kinderbetreuung im Kindergartenalter und die schulische Qualifizierung ein Betreuungs- und Förderbedarf, der bereits früher einsetzen, länger andauern und eine größere Intensität aufweisen muß.

Im Rahmen des Spiel- und Lernstubenreferats greift die LAG diesen Bedarf auf und arbeitet an der konzeptionellen Weiterentwicklung des Arbeitsfelds, der Absicherung der Finanzierungsgrundlagen für die Offenen Erziehungshilfen und die Kinderbetreuung, sowie an der Integration benachteiligter Kinder in das Jugendhilfesystem. Sie führt dazu in enger Kooperation mit dem Landesjugendamt Hessen die „AG Spiel- und Lernstuben“ und Fachveranstaltungen, berät die örtlichen Projekte und führt und unterstützt die Fachdiskussion auf Landes- und örtlicher Ebene.

2. Umsetzung und Perspektive

2.1. Konzeptionelle Weiterentwicklung des Arbeitsfelds

Umsetzung

Ein Schwerpunkt lag hier in der Unterstützung der KollegInnen bei der Konzeptentwicklung. Gemeinsam mit dem Landesjugendamt wurde eine Tagung zur Erarbeitung von Konzepten zur Kinder- und Jugendarbeit durchgeführt. Die KollegInnen erhielten hier ein Instrumentarium an die Hand, mit dem sie auf den sich verändernden Bedarf in den Einrichtungen eingehen können.

Ein weiterer Schwerpunkt lag in Impulsen zur örtlichen Kooperation. Bei verschiedenen Veranstaltungen in Kooperation mit dem Landesjugendamt und Frühförderung, Erziehungsberatungsstellen sowie Familienbildungsstätten wurden Kooperationsmöglichkeiten zwischen Kinderbetreuungseinrichtungen und Beratungs- und Bildungseinrichtungen untersucht und angestoßen.

Die Erarbeitung einer Studie zur Untersuchung des Übergangs von Spiel- und Lernstuben zu Regeleinrichtungen und zur Entwicklung von Empfehlungen zur Ausgestaltung von Kinderbetreuungsangeboten in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf wurde von der LAG mit verfolgt. Inwiefern die Ergebnisse der Studie über Gießen hinaus verwertbare Erkenntnisse liefert, bleibt abzuwarten.

Ebenfalls in Kooperation mit dem Landesjugendamt wurden Beteiligungskonzepte diskutiert, die sich sowohl mit der Beteiligung der Jugendlichen an der Arbeit der Einrichtungen als auch mit der Berücksichtigung ihrer Interessen im Rahmen von Stadtteilentwicklung befaßten.

Eine Konzeptberatung wurde vor Ort in Gießen-West durchgeführt.

Perspektive

Im Mittelpunkt der Diskussion um die Kinder- und Jugendhilfe stand bisher die Situation der Kinder von 3 - 6 Jahren. In der Zukunft sollten konzeptionelle Überlegungen verstärkt auch für die Gruppe der 0 - 3jährigen und der Kinder im Schulalter angestellt werden, auch wenn erstere Gruppe bisher nicht in das klassische Aufgabenfeld der traditionellen Spiel- und Lernstuben fiel. Die örtlichen Diskussionen zeigen, daß hier dringender Handlungsbedarf besteht, gerade auch was die schulische Förderung angeht. Modelle der Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule sollten landesweit kommuniziert werden.

Einer konzeptionellen Weiterentwicklung bedarf auch der Zusammenhang zwischen Kinder- und Familienhilfe. Hier liegt ein klassisches Handlungsfeld der Gemeinwesenarbeit, es bestehen vielfache Erfahrungen, die dem neuen Bedarf angepaßt und neu profiliert werden müßten.

2.2. Die Absicherung der Finanzierungsgrundlagen für die Offenen Erziehungshilfen

Umsetzung

Die Gespräche, die zur Absicherung mit dem Landesjugendamt und dem Jugendministerium geführt wurden, gestalteten sich schwierig vor dem Hintergrund nicht besetzter Stellen im Ministerium sowie dem Wahlkampf im Jahr 1998 und dem Regierungswechsel Anfang 1999. Aktuell kommen die Aktivitäten zur Auflösung des LJA als Problem hinzu. Leider ist es nicht gelungen, nach Wegfall der Projektbindung zumindest die Zweckbindung im Rahmen des Finanzausgleichs zu erhalten. Damit ging ein Steuerungsinstrument des Landes verloren und die Auseinandersetzung um die Finanzierung des eingangs beschriebenen Handlungsbedarfs verlagert sich immer weiter auf die örtliche Ebene.

Entsprechend lag der Schwerpunkt bei der Absicherung der Finanzierungsgrundlagen denn auch in den Aktivitäten vor Ort. Die örtlichen Projekte wurden bei der Überprüfung und Weiterentwicklung des Profils der Einrichtungen, bei der Erarbeitung von Leistungsbeschreibungen und Rahmenverträgen mit dem öffentlichen Träger durch die LAG unterstützt. Parallel dazu wurde ein Prozess gestartet, um in Kooperation mit den freien Trägern der Wohlfahrtspflege durch die Entwicklung von Empfehlungen den örtlichen Projekten Orientierungen für die örtlichen Verhandlungen zu liefern.

Perspektive

Es ist dringend notwendig, angesichts der neuen Steuerung der Kinder- und Jugendhilfemittel sowie der Auflösung des Landesjugendamts ein Grundsatzpapier zum Handlungsbedarf zur Kinder- und Jugendhilfe in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf zu erstellen und auf Landes- und kommunaler Ebene zu kommunizieren.

Darüber hinaus wird das Problem der Absicherung der Finanzierungsgrundlagen über die Kinder- und Jugendhilfe immer weitere Arbeitsbereiche der LAG erfassen, wenn mit dem Start der Modellprojekte in den Kreisen Groß-Gerau und Kassel wesentliche Bereiche, die aktuell noch als Landesförderung zugewiesen werden, im Rahmen des Finanzausgleichs ausgezahlt werden. Die LAG muß sich hier über die Kinder- und Jugendhilfe hinaus auf diese Entwicklung einstellen.

Der Prozess mit den freien Trägern der Wohlfahrtspflege ist fortzusetzen und ein kooperatives Beratungsangebot für die örtlichen Träger zu entwickeln.

2.3. Integration benachteiligter Kinder in das Jugendhilfesystem

Umsetzung:

Die Diskussion um die Integration benachteiligter Kinder in das Jugendhilfesystem wurde vor allem geschlechtsspezifisch über die Lebenslage von Mädchen und ihre Integration in das Jugendhilfesystem geführt:

Bei einem Fachforum des DPWW Hessen zum Thema Kinder und Armut wurde die geschlechtsspezifische Dimension des Themas vorgetragen.

In einer fachlichen Stellungnahme zum Bundesprogramm „Entwicklung und Chancen für junge Menschen in Sozialen Brennpunkten“ im Rahmen eines Diskussionsforums des Deutschen Jugendinstituts „Aufwachsen und Leben in der Sozialen Stadt“ wurde über den Beitrag „Jugendpolitik für Mädchen“ der Zusammenhang zwischen der Lebenslage armer Mädchen, sozialer Stadtteilentwicklung und der Rolle der Gemeinwesenarbeit hergestellt. Gleiches geschah auf einer Veranstaltung „Mädchen und Gesundheit“ des Landesjugendamts Württemberg-Hohenzollern in Stuttgart.

Gemeinsam mit dem DPWW Hessen wurde außerdem eine Veranstaltung zum Thema Kinder und Wohnen durchgeführt, die die sozialräumlichen Aspekte der Lebenslage armer Kinder diskutierte und Handlungsansätze von Schulen und Kommunen vorstellte. Anlässlich dieser Veranstaltung hat die LAG ein Positionspapier zum Thema „Kinder und Armut“ herausgegeben, das auch Eingang in die Diskussion der Nationalen Armutskonferenz gefunden hat, die im Berichtsraum hier auch einen Schwerpunkt in ihrer Arbeit setzte.

Perspektive

Um die Integration benachteiligter Kinder in das Jugendhilfesystem zu erreichen, wird es vor allem darauf ankommen, Konzepte und Modelle zu entwickeln und zu kommunizieren, die den Trägern Möglichkeiten bieten, diese Integration zu leisten. Eine Chance könnte hier in dem neuen Bundesprogramm liegen, das explizit die Förderung solcher Projekte sowie deren Verbreitung vorsieht. Daran könnte die LAG anknüpfen.

Christina Hey

C4: JUGENDBILDUNGSWERK⁴

1. Allgemeine Zielsetzung und Ausgangslage

Die Arbeit des Jugendbildungswerks (JBW) der LAG zielt darauf, die Lebenssituation und persönlichen Zukunftsperspektiven sozial benachteiligter Jugendlicher nachhaltig zu verbessern. Das Jugendbildungswerk leistet dazu seinen Beitrag mit dem Fokus auf den drei Zielsetzungen:

- 1) Teilhabe für Jugendliche schaffen
- 2) Chancengleichheit herstellen durch geschlechtsspezifische Arbeit
- 3) Jugendpolitische Konzepte kommunizieren

Die 25-jährige Erfahrung in der Brennpunktarbeit gewährleistet ein umfassendes Wissen über die spezifischen Probleme der Jugendlichen in den benannten Wohngebieten und über exemplarische Problemlösungen. Der enge Kontakt zu den Gemeinweseneinrichtungen, den Jugendclubs, den dort arbeitenden Personen und natürlich den Jugendlichen ermöglicht ein gezieltes Plazieren der Bildungsangebote.

2. Aufgaben, Umsetzung und Perspektiven

2.1. Teilhabe für Jugendliche schaffen

Aufgabe: Insbesondere sozial benachteiligte Jugendliche haben deutlich geringere Beteiligungschancen in fast allen Lebensbereichen und begreifen daher ihre Umwelt als eine gegebene Struktur, die sich ihrem direktem Einfluß entzieht. Die weitestgehende Beteiligung und Mitwirkung der Jugendlichen an Entscheidungsprozessen, die ihr Lebensumfeld betreffen, stellt jedoch die Grundvoraussetzung dafür dar, daß Benachteiligungen abgebaut werden können und die Jugendlichen eine Lebensperspektive für sich entwickeln können. Daher zielt die Arbeit des Jugendbildungswerkes darauf, sie zu ermutigen, aktiv an der Gestaltung ihres Umfeldes mitzuwirken und Handlungskompetenz zu erwerben, um sich in gesellschaftliche und politische Prozesse einbringen zu können. Eine wichtige Voraussetzung für die gesellschaftliche Integration stellt auch die Gewährleistung einer Teilhabe an Arbeit dar.

Umsetzung: Das Jugendbildungswerk unterstützt die Jugendlichen beim Übergang in das Berufsleben und setzt sich dafür ein, die Chancen auf Ausbildung zu erhöhen. Diese Arbeit im Bereich der Jugendberufshilfe vollzieht sich auf zwei Ebenen: zum einen durch die Fortbildung der JugendsozialarbeiterInnen in den Brennpunkten und zum anderen durch gezielte Maßnahmen mit den Jugendlichen vor Ort, etwa in Form der Veranstaltung „Jugendliche stellen ihre beruflichen Weichen“. Bei den Qualifizierungsangeboten für die Fachkräfte in den Einrichtungen steht das Kennenlernen von Werkstätten und

⁴ siehe auch: Sonderbericht

Beschäftigungsansätzen und –initiativen im Vordergrund, wie etwa der „Schnuppertag in der Mädchenwerkstatt“ oder die Fortbildungsveranstaltung „Berufsorientierung und Mädchen – das Mädchenprojekt MACH MAL in Grünberg“ mit dem Ziel, eine engere Kooperation von Jugendhilfeeinrichtungen und Beschäftigungsinitiativen zu intensivieren. Diese Veranstaltungen werden im Rahmen der hessenweiten LAG-Arbeitskreise AG-Jugend, AK-Mädchen und AK-Jungen durchgeführt, in denen Fortbildung und Erfahrungsaustausch der Fachkräfte im Mittelpunkt stehen.

Um eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, muß der Bereich der Politik für die Jugendlichen greifbar und verstehbar gemacht werden. Mit dem Videoprojekt „Rechte für Kinder und Jugendliche“ lernten die beteiligten Wiesbadener Jugendlichen, welche Rechte sie tatsächlich in der Gesellschaft haben und sie konnten ihre Erfahrungen damit in Form von künstlerisch kreativer Arbeit umsetzen und präsentieren. Auch der Besuch Marburger Jugendlicher im Bundestag unter dem Motto „Wir reden mit! Politik betrifft uns auch“ und das damit verbundene Kennenlernen der sonst nur aus Medien bekannten PolitikerInnen hat dazu beigetragen, ihnen die unbekannte Größe Politik näher zu bringen.

Perspektive: Im Bereich der Jugendberufshilfe wird es in Zukunft verstärkt darauf ankommen, den guten und direkten Zugang zu den Jugendlichen, den die Jugendeinrichtungen in den Brennpunkten vorweisen können, als Chance zu nutzen. Die erfolversprechende Kooperation mit Beschäftigungsinitiativen und insbesondere auch mit Schulen gilt es auszubauen, um den Jugendlichen Perspektiven beim Übergang ins Berufsleben zu eröffnen.

Eine Beteiligung sozial benachteiligter Jugendlicher an gesellschaftlichen Prozessen ist nur zu gewährleisten, wenn sie den Besonderheiten dieser speziellen Zielgruppe gerecht werden. Daher ist die Ausarbeitung und Erprobung spezieller niedrigschwelliger Methoden und Maßnahmen im Bereich der Partizipation ein Kernanliegen der zukünftigen Arbeit.

2.2. Chancengleichheit herstellen durch geschlechtsspezifische Arbeit

Aufgabe: Das JBW trägt durch seine Arbeit zur Persönlichkeitsentwicklung der Jugendlichen bei, wobei der geschlechtsspezifischen Arbeit eine besondere Bedeutung zukommt.

Im Hinblick auf die Mädchenarbeit ist es wichtig, die besondere Lebenslage der Mädchen in den sozialen Brennpunkten zu berücksichtigen, die geprägt ist von Armut, Ausgrenzungserfahrung und dem Verhaftetsein in traditionellen Rollenbildern. Hier müssen gesellschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, in denen Chancengleichheit verwirklicht werden kann, um damit die bestehende soziale und geschlechtliche Benachteiligung abzubauen. An diesem Prozeß sind die Mädchen durch geeignete niedrigschwellige Angebote zu beteiligen. Gemeinsam mit ihnen muß an der Verbesserung ihrer Lebenslage gearbeitet werden. Voraussetzung hierfür ist die Stärkung und persönliche Stabilisierung der Mädchen sowie das Entdecken und Erproben neuer Handlungsspielräume.

Im Bereich der Jungenarbeit geht es in erster Linie darum, die Jungen bei der Entwicklung einer eigenständigen Identität, unabhängig der einschränkenden Rollenzuschreibungen, zu unterstützen. Ein uneingestandener Mangel an Selbstwertgefühl in Verbindung mit dem an sie herangetragenen Anspruch, stark zu sein, führt bei den Jungen häufig zu aggressiven Verhaltensweisen. Hier gilt es, Möglichkeiten für die Jungen zu eröffnen, sich selbst und die eigenen Fähigkeiten zu erleben und einen sozialen Umgang in der Gruppe zu praktizieren.

Umsetzung: Um die Mädchen bei der Stärkung ihres Selbstbewußtseins und der Förderung des Selbstvertrauens zu unterstützen, wurde mit Gießener Mädchen ein Selbsterfahrungswochenende durchgeführt, bei dem es darum ging, den eigenen Körper besser wahrnehmen zu können und die eigenen Gefühle besser zu verstehen. In eine ähnliche Richtung zielte auch der 10-wöchige Selbstverteidigungskurs für Mädchen, der diesen ein bedeutendes Maß an Selbstsicherheit geben konnte. Die Mädchen fühlen sich nun weniger bedroht und können sich eher selbst behaupten. Damit haben sie subjektiv und objektiv die Möglichkeit, ihren Bewegungsradius über das bekannte Maß hinaus auszudehnen. Das Kennenlernen der eigenen Fähigkeiten und Grenzen stand auch im Mittelpunkt des Kanuwochenendes auf der Lahn, daß mit einer Mädchengruppe aus Gießen durchgeführt werden konnte.

Mit dem Mädchenbildungsprojekt „Wir gestalten unseren Mädchenraum“, daß in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Lernen und Arbeit e.V. (ZELA) stattfand, ist eine Verknüpfung von Eigeninteressen der Mädchen, nämlich der Gestaltung des eigenen Mädchenraumes und einer beruflichen Orientierung geglückt. Bereits bei der Planung waren die 12 Mädchen eines Gießener Brennpunktes eingebunden und führten gemeinsam mit der Kollegin von ZELA die selbstgewählten Arbeiten durch: Leitungen wurden unter Putz verlegt, die Sitzgarnituren neu bezogen und Lampen gebaut. Im Zuge dieser Maßnahme lernten die Mädchen den Umgang mit Bohrmaschine, Kreissäge, Hammer und Meißel, was für sie eine völlig neue Erfahrung war. Das Projekt mit einer Laufzeit von sechs Monaten eröffnete den Mädchen neue Handlungsfelder, verlangte von ihnen ein hohes Maß an Zusammenarbeit und gegenseitiger Akzeptanz und vermittelte ihnen Eindrücke in berufliche Bereiche, die ihnen bisher eher fremd waren.

Im Bereich der Jungenarbeit wurden in den beiden Jahren Kanuwochenenden auf der Lahn durchgeführt. Diese sportlichen Aktivitäten bieten den Jungen Erlebnisse außerhalb ihres direkten Umfeldes, vermitteln ihnen ein Gespür für die eigene Leistungsfähigkeit und Beweglichkeit und wirken sich positiv auf den Gruppenzusammenhalt aus.

Auf der Ebene der MultiplikatorInnenarbeit tagten die Arbeitskreise AK-Mädchen und AK-Jungen regelmäßig, um die Fachkräfte in geschlechtsspezifischen Fragen fortzubilden und ein Forum für den Erfahrungsaustausch zu bieten. Die Themenbereiche Sexualität, Liebe und Freundschaft wurden sowohl im Mädchenbereich, als auch mit den Jungenarbeitern behandelt. Auch Fortbildungen zu speziellen Themen, wie etwa „Akrobatik mit Jungen“ erhielten in dem AK-Jungen Raum. Neben der thematischen Arbeit zu bestimmten Fragestellungen, wie etwa „Wir verstehen die Jungen, warum verstehen sie uns nicht?“ hat auch die begleitende Reflexion und konzeptionelle Arbeit eine große Bedeutung. In Arbeitssitzungen mit dem Titel: „Viele Jahre geschlechtsspezifische Arbeit liegen hinter uns. - Was hat sich geändert?“ wurde die eigene Arbeit reflektiert und Perspektiven entwickelt, welche Kriterien geschlechtsspezifischer Jugendarbeit mit sozial benachteiligten Jugendlichen in Zukunft erfüllen muß. In diesem Bereich wurde auch der Dialog mit anderen Fachkräften in der Mädchenarbeit gesucht, wie etwa mit der Mädchenbeauftragten des LJA, die sich und ihre Arbeit vorstellte.

Perspektive: Die Jungen und Mädchen in den sozial benachteiligten Wohngebieten müssen weiterhin begleitet werden auf dem Weg hin zu einer eigenen, selbstbestimmten Identität. Die Fortbildung der zuständigen Fachkräfte vor Ort unterstützt dabei das Ziel, den Jugendlichen ein größeres Selbstwertgefühl zu vermitteln und ihnen Zukunftsperspektiven aufzuzeigen.

In Zukunft muß ein verstärktes Interesse der Frage gelten, inwiefern bei der Einbindung Jugendlicher in Beteiligungsprozesse unterschiedliche Zugänge für Mädchen und Jungen bereitgestellt werden müssen. Hier ist es notwendig, gemeinsam mit den JugendarbeiterInnen in den Einrichtungen Konzepte zu erarbeiten, die den geschlechtsspezifischen Aspekt in den Bereich der Jugendpartizipation hineinbringen.

2.3. Jugendpolitische Konzepte kommunizieren

Aufgabe: Eine wichtige Aufgabe des Jugendbildungswerkes ist es, die Fachkräfte vor Ort über den aktuellen Stand der Fachdiskussion zu informieren und mit ihnen die Rahmenbedingungen, unter denen ihre tägliche Arbeit stattfindet, zu diskutieren.

Umsetzung: Neben Einzelberatungen wurde diese Debatte in der AG-Jugend geführt, die sich zu regelmäßigen Treffen einfindet. Themen waren hier insbesondere Förderprogramme, wie etwa das „Aktionsprogramm Partizipation“, das Sofortprogramm „JUMP“, die Programme „Soziale Stadt“ und „E&C“ und die damit verknüpften Initiativen, wie etwa „HEPNEST“ (Hessisches Projektnetz Wohngebiets- und Stadtteilmanagement) und „HEGISS“ (Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt).

Die Diskussion und der fachliche Austausch mit anderen Trägern der Jugendhilfe wurde in den Treffen der AG der ergänzenden Träger (2.1.3) und auf dem Treffen der JugendbildungsreferentInnen, sowie auf zahlreichen Fachtagungen geführt.

Perspektive: In Zukunft gilt das verstärkte Interesse der Frage, wie die Jugendhilfe im Rahmen der sozialen Stadtteilentwicklung verortet werden kann. Hierzu ist es notwendig, Konzepte in die Diskussion einzubringen, die den Bedürfnissen der sozial benachteiligten Jugendlichen gerecht werden und eine stärkere Einbindung der Jugendlichen in den Prozeß der Stadtteilentwicklung gewährleisten.

Thomas Witzel

C5: ROCKMOBIL Frankfurt⁵

1. Ausgangslage und Zielsetzung

Durch die Jugendarbeitslosigkeit sind Jugendliche zunehmend einem gesellschaftlichen Druck ausgesetzt. Viele Jugendliche, die sich in Frankfurter Jugendeinrichtungen aufhalten, gehen nicht zur Schule und haben keine Lehrstelle.

Immer wieder kommt es auf Grund von Gewalttätigkeiten zu vorübergehender Schließung von Jugendeinrichtungen. Orientierungslosigkeit, Kleinkriminalität und Drogenkonsum spielen in diesem Milieu eine Rolle. Ein teilweise stattfindender hoher Konsum von Fernsehen, Videos und von Computerspielen ist einer positiven Persönlichkeitsentwicklung eher abträglich.

Die Zielsetzung der Rockmobilarbeit besteht im wesentlichen darin, Jugendliche über Musik- und Bandarbeit persönlich zu stabilisieren und sie, über die dabei stattfindenden sozialen Prozesse, in die Gesellschaft zu integrieren.

Es werden mit der Rockmobilarbeit die Jugendlichen angesprochen, die aufgrund ihrer schwierigen Lebensbiographie von einer gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen sind. Musiksozialarbeit ist hier ein bedürfnisorientiertes, lebensweltbezogenes und niedrigschwelliges Angebot.

2. Umsetzung der Ziele

Bandarbeit

Kern des Frankfurter Rockmobils ist immer noch die Bandarbeit. In unterschiedlichen Frankfurter Jugendeinrichtungen wurden 1998 und 1999 jeweils acht Bands einmal die Woche betreut.

Hier wird sehr starkes Durchhaltevermögen gefordert. Diese Arbeit ist am stärksten gruppenkonstituierend, erfordert gleichbleibend Aushandlungsprozesse und lebt von wechselseitiger Kommunikation und Kooperation.

Trotz der zunehmenden Schwierigkeit, Jugendliche für regelmäßige Gruppenangebote zu gewinnen, kommt es immer wieder zur Gründung neuer Bands. Die soziale Ausstrahlung dieser Gruppen ist auch deswegen von hoher Bedeutung, da ihre Existenz oft über die von uns geleistete Betreuungsphase hinaus geht (Stabilisierung / Selbständigkeit).

Unsere pädagogische Arbeit mit dem Medium Musik hat sich mittlerweile auf alle Genres der populären Musik ausgedehnt. Die Stile sind ausdifferenziert, immer weniger handelt es sich um Rockmusik.

Internationaler Jugendaustausch

Seit mehreren Jahren besteht zwischen dem Jugendamt Frankfurt/M., dem Kinder- und Jugendhaus Bornheim und dem Rockmobil Frankfurt/M eine Kooperation bei der Planung und Durchführung von internationalen Begegnungen.

⁵ siehe auch: Sonderbericht

Die internationalen Partner kommen dabei ausschließlich aus Osteuropa. Ziel der Veranstaltungen ist es, Interesse für andere Lebensweisen und Kulturen zu wecken, sowie Vorurteile und Rassismus abzubauen. Musik ist dabei neben den Medien Foto und Video ein wichtiges Bindeglied. Die in das Austauschprogramm eingebundene Medienarbeit eröffnet den teilnehmenden Jugendlichen erst den Zugang dazu. Nur dadurch sind sie zum Mitmachen zu gewinnen. 1998 und 1999 gab es jeweils eine Auslandsfahrt nach Krakau und Prag mit jeweils einer dazugehörigen Rückbegegnung in Frankfurt. An dem Austauschprogramm nehmen jährlich 90 Jugendliche aus drei Nationen teil. Für die Arbeit bekamen wir 1998 den zweiten Preis der Körber Stiftung (Jugend Oscar) verliehen.

Kooperation mit rocketta

Seit mehreren Jahren gibt es eine Kooperation mit dem Frauen- und Mädchenmusikmobil rocketta. Mit wenig Geld wird hier ein geschlechtsspezifischer, professioneller Ansatz der Musikarbeit verfolgt. In den letzten zwei Jahren kam es durch unsere Unterstützung zu etwa 30 Veranstaltungen im Raum Hessen. Zu diesen Veranstaltungen stellt das Rockmobil Anlage und Bus zu Verfügung. Die Zusammenarbeit machte es auch in den letzten zwei Jahren notwendig, mehrere Koordinationstermine durchzuführen.

CD-Produktion und Tontechnik

Ab dem 1.6.99 arbeitet eine Tontechnikerin über eine ABM-Maßnahme beim Rockmobil Frankfurt. Damit ist es uns möglich, im Frankfurter- und Rhein/Main-Gebiet im Jugendbereich zusätzliche Angebote abzudecken.

Zu den Angeboten zählen: Tontechnik und Beschallungsseminare, Abmischen und technische Betreuung von Bands, sowie die Produktion von Aufnahmen einschließlich der Erstellung von CDs.

In Kooperation mit dem Kinder- und Jugendhaus Bornheim und Unterstützung des Jugendbildungswerkes der Stadt Frankfurt produzierten wir bereits die erste CD. An dem Projekt waren sechs Bands aus verschiedenen Frankfurter Jugendeinrichtungen beteiligt. Jede der Bands hatte die Möglichkeit, zwei ihrer Lieder aufzunehmen und auf die CD pressen zu lassen.

Die Teilhabe der Jugendlichen erfolgte auf allen Ebenen.

In der gesamten Organisationsplanung der Produktion und der dazugehörigen Abschlußveranstaltung wurden die Bandmitglieder einbezogen.

Beim Präsentationskonzert wurden weitere Jugendgruppen in die Gestaltung des Abends integriert. Dazu zählte eine Liveübertragung ins Internet sowie eine Foto- und Videodokumentation.

Kooperation Jugendhilfe / Schule

Unsere Tontechnikerin stellte weiterhin für zwei Schulmusicals die technische Ausstattung und war für deren Live Sound verantwortlich. An den einzelnen Produktionen waren bis zu 100 Schülern über einen Zeitraum von mehreren Monaten beteiligt. Durch das Rockmobil war es möglich, die dort erarbeiteten Stücke kostenerträglich und mit Qualität aufzuführen.

Musikmachen mit Kindern

Wöchentlich gibt es zwei bis drei Angebote des Rockmobils für 30 Kinder der Altersstufe acht bis zwölf. In der Vergangenheit bestanden gut funktionierende Kinderbands, jedoch nahmen bei den Kindern Verhaltens- und motorische Störungen zu. Damit ist es uns aktuell nicht möglich, eine herkömmliche Bandarbeit innerhalb dieser Altersgruppe durchzuführen. Augenblicklich arbeiten wir mit einem Modell aus musikalischer Frühförderung, Musiktherapie und herkömmlicher Bandarbeit. Wir entwickeln damit neue Methoden, um auf die veränderte Situation mit entsprechend neuen Arbeitsinhalten reagieren zu können.

Neue Tätigkeitsfelder

Durch die Anschaffung einer Groove-Box und die Ausstattung mit Percussionsinstrumenten kann das Rockmobil seine Tätigkeit ausweiten. Dies ermöglicht es, sowohl im Bereich Hip Hop als auch im Bereich Rhythmik zeitgemäße Angebote zu machen.

3. Perspektive:

Wichtig erscheint mir nicht nur die unmittelbare Musikaarbeit zu beschreiben, sondern auch auf die vergangene und jetzt noch wirkende Ausstrahlungskraft unseres Projektes in die Jugendarbeit und Sozialarbeit insgesamt zu verweisen. Innerhalb der LAG wurde 1986 das erste Rockmobil der BRD als Modellprojekt mit Vorzeigecharakter gegründet. Das 1999 von Günter Pleiner und Burkhard Hill herausgegebene Buch mit dem Titel „Musikmobile, Kulturarbeit und Populäre Musik“ trägt Beschreibungen aus mittlerweile 19 bundesweit existierenden Rockmobilen zusammen.

Dies macht deutlich, daß der von uns verfolgte Ansatz vielfach aufgegriffen und weiterentwickelt wurde.

Für die Rockmobile der LAG läßt sich dies auch noch einmal sehr genau an der Region Offenbach darstellen.

Zwei Offenbacher Jugendclubs wurden von uns jahrelang angefahren und betreut.

Mittlerweile gibt es in Offenbach Mädchenmusiktage, Kinderrockfestivals, einen Verein „Off Rock“, und mehrere Jugendzentren mit integriertem Musikansatz. Der Kreis Offenbach unterhält seit 1995 ein Rockmobil mit dem Namen JAMcar.

Hier arbeiten Musikteamer in der dritten und vierten Generation, und personelle Anknüpfungspunkte an die Rockmobile der LAG gibt es nur noch partiell.

Dies ist ein positives und auch eindeutiges Beispiel dafür, wo durch unsere Vorarbeit viel angestoßen und verändert wurde. Sicher funktionierte dies nur, weil es vor Ort auch Sozialarbeiter gab, die unsere Ideen mit viel Energie, Arbeitseinsatz und Zähigkeit aufgegriffen und umgesetzt haben.

Die voranschreitende „Technologisierung“ der Musik hat eine mehr oder weniger starke Polarisierung zwischen handgemachter und Computermusik hervorgebracht.

Trotz des seit mehreren Jahren anhaltenden Trends der Jugendkultur zu einer Bevorzugung von Hip-Hop und Techno Musik (Computermusik) und manchmal auch als Abgrenzung dazu, hat die „handgemachte Musik“ nach wie vor einen hohen Stellenwert für Jugendliche.

Ohne im einzelnen die Gründe benennen zu können, finden sich immer wieder Jugendliche zusammen, die Live-Musik machen wollen. Gerade neu entstandene Rockmobilbands verdeutlichen diesen Vorgang. Es gibt immer wieder Gruppen, die über Jahre erhalten bleiben. Hier finden lebensprägende Erfahrungen statt und hier sind Jugendliche beteiligt. Es wird längerfristig zielorientiert gearbeitet, Durchhaltevermögen gestärkt, es werden Aushandlungsprozesse gefördert und Kommunikation und Kooperation erlernt. Die Teilnehmer werden persönlich stabilisiert.

Dies alles trifft auch für das von uns durchgeführte CD-Projekt zu.

Zusätzlich wurden damit Jugendliche unterschiedlicher Szenen und Stadtteile zusammengebracht.

Handgemachte Musik hat immer den Anteil von Unmittelbarkeit und körperlicher Erfahrung und ist, soweit zusammengespielt wird, gruppenkonstituierend. Sicher bringt die Zunahme von kopflastiger und individualisierender Computerarbeit ihre Gegenwelt hervor und macht diese sogar notwendig.

Auch wenn Rockmobil nach wie vor mit herkömmlichem Instrumentarium arbeitet, setzen wir uns trotzdem mit den Möglichkeiten von neueren musikalischen Produktionsweisen und damit einer Erweiterung unsres Jugendhilfeangebots auseinander. Dies spiegelt sich zum Beispiel in der Anschaffung einer Groove-Box wieder.

Tom Müller

ROCKMOBIL Gießen⁶

1. Ausgangslage und Zielsetzung

Ende 1997 wurde in der LAG der Beschluß gefaßt, die Rockmobilarbeit von Gießen aus in zwei Hauptstränge aufzugliedern. Zum einen sollte die Begleitung von Jugendbands in den Brennpunkten weitergeführt werden und zum anderen das Konzept 'Stadtteilbezogene Kulturprojekte' zunächst als Pionierlauf für 1998 in Limburg-Nord und Gießen-West erprobt werden.

2. Umsetzung

Bandbegleitung

Von September 1997 bis März 1998 bestand eine Kooperation mit dem Jugendamt und dem Ausländerbeirat in Gießen. Das musikpädagogische Angebot sollte für unbegleitete jugendliche AsylbewerberInnen bereitgestellt werden. Kontinuierliche Arbeit mit dieser Klientel erwies sich allerdings als sehr schwierig. Letztendlich mußten sich die zwei entstandenen Gruppen auflösen, weil eine fortlaufende Finanzierung nicht möglich war.

Im Lohwald in Offenbach konnte sich über beide Jahre eine konstante Gruppe von 5 Jugendlichen mit kontinuierlichem Interesse halten. In 2000 wird die Arbeit im Jugendclub allerdings eingestellt.

Seit Anfang 1999 besteht eine Zusammenarbeit mit dem St. Martin Haus in Marburg Waldtal. Hier sind 3 bis 5 Kinder und Jugendliche beteiligt, die allerdings nur sehr sporadisch zu begeistern sind. Eine konstante Band konnten sie bisher nicht formieren.

Stadtteilbezogene Kulturprojekte

Im ersten Halbjahr '98 startete das Projekt 'Was geht'n?' in Gießen-West. Über GWA Leimenkauter Weg und die Stadtteilkonferenz wurde Kontakt zu den im Stadtteil ansässigen Einrichtungen aufgenommen. Eine Kooperation fand statt zwischen insgesamt 7 Einrichtungen der Jugendhilfe und Vereinen mit unterschiedlichen Trägern. Das Stichwort in unserer Konzeption lautete 'zweckdienliche Vernetzung und Ressourcenbündelung' soweit möglich. Die Anzahl der im Projekt aktiven Kinder, Jugendlichen, BetreuerInnen und TeamerInnen betrug ca. 100, wovon allein 72 bei der Präsentation auf der Bühne standen.

Fast zeitgleich realisierten das Rockmobil Gießen und die Projektgruppe Sozialer Brennpunkt 'Im Finken' das Projekt 'Heimat vor der Tür'. Im Rahmen dieses Projekts konnte eine Brücke zwischen dem neu gewachsenen Wohngebiet Schwarzerde und der Siedlung Finken/Amselweg geschlagen werden. Bereits bestehende Aktivitäten in der Siedlung konnten vertieft und neue Ideen erprobt werden. Bei der Aufführung in der Stadthalle Limburg waren 86 Kinder, Jugendliche und Erwachsene ungezählter Nationalitäten auf zwei Bühnen aktiv.

⁶ siehe auch: Sonderbericht

Im ersten Halbjahr 1999 begannen wir die Arbeit in Gießen-Nord mit einem weiteren Projekt: 'Sunken City'. Über die Nordstadtkonferenz machten wir uns und unser kulturpädagogisches Anliegen im Stadtteil bekannt. Die Kooperation gestaltete sich auch hier im Feld zwischen Einrichtungen der Jugendhilfe, Schule und Kirche. Bei 'Sunken City' schafften es ca. 100 Mitwirkende, die Sporthalle der Landgraf Ludwig Schule bis zum letzten Platz mit interessiertem Publikum zwischen 8 und 80 J. zu füllen.

Im Hinblick auf die Nachhaltigkeit unserer 'Stadtteilbezogenen Kulturprojekte' kann man sagen, daß die Veränderung in den Köpfen der Beteiligten höchstwahrscheinlich bedeutsam ist. Die beteiligten Kinder und Jugendlichen taten so, und trafen damit den Nagel auf den Kopf, als sei ihr Kulturprojekt ganz selbstverständlich und das 'Normalste von der Welt'.

Solche Natürlichkeiten sind aber heute nicht normal. Hier besteht Handlungsbedarf. Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen hat die Qualität und Sinnhaftigkeit unserer Kulturprojekte erkannt und gewürdigt und zeigt Interesse an der Durchführung weiterer Aktivitäten auch im Jahr 2000.

Positive Effekte der Projektarbeit:

In allen drei Fällen wurde am Ende des Projekts vielfach der Wunsch geäußert, weiterzumachen.

Die Kolleginnen und Kollegen in der Sozialarbeit, aber auch Lehrer oder Pfarrer, waren, trotz knapper Zeit, mit Engagement dabei.

In der Presse wurden unsere Aktivitäten durchweg als bemerkenswert herausgestellt.

Durch die Projektarbeit im Stadtteil wurde ein Stück weit der Boden für Eigeninitiative bereitet. Die von den Akteuren, dem Publikum, den Institutionen und der Öffentlichkeit gemachten Erfahrungen und positiven Bewertungen erleichtern die Fortführung der Kulturarbeit.

Über die gemeinsame Arbeit im Projekt konnten positive Kommunikationserfahrungen zwischen Gruppen vermittelt werden, die bisher keine Kontakte untereinander hatten oder deren Begegnungen von gegenseitiger Abgrenzung gekennzeichnet waren. In der konzentrierten Arbeitssituation rückten sonstige persönliche Probleme, wie Abneigungen bestimmten Personen gegenüber, in den Hintergrund und gemeinsame Arbeit funktionierte einfacher.

Musische Belange, wie Steigerung der Wahrnehmungsfähigkeit, künstlerische Empfänglichkeit, Freude am Eigenen und Begeisterung im gemeinsamen Tun, wurden in verschiedenen ästhetischen Erscheinungs- und Darstellungsformen erfahren und vermittelt. Kreativität, Spontaneität und Mut bei der Entwicklung und Umsetzung eigener Ideen wurde gefördert.

Die Integration im Rahmen der Projekte wurde nicht durch Nivellierung der Unterschiede zwischen den Gruppen und den Beteiligten geschaffen, sondern durch die Betonung ihrer Besonderheiten.

Der Ansatz 'Stadtteilbezogene Kulturprojekte' trug der zunehmenden Heterogenität der von Verelendung betroffenen Stadtteile Rechnung, indem er genau auf diese soziokulturelle Vielfalt einging.

Der Ansatz 'Stadtteilbezogene Kulturprojekte' fand auch in der allgemeinen Öffentlichkeit interessierte Beachtung, was ein Hinweis darauf sein kann, daß allgemein ein soziokulturelles Defizit gesehen wird, welches mit unserem Konzept ein Stück weit ausgeglichen werden kann.

Die Ernsthaftigkeit bei der Arbeit im Projekt und die Professionalität bei der Planung und Durchführung waren entscheidende Punkte, die die Anziehungskraft der Musik/Theaterprojekte ausmachte. Die Mitarbeit im Projekt entsprach z.T. einer realen Arbeitssituation und konnte somit den Anspruch erheben, ernstgenommen und nicht nur als Beschäftigungsprogramm abgetan zu werden.. Den Beteiligten erschien es reizvoller, an einer Sache mit hohem Stellenwert, öffentlicher Präsentation und Akzeptanz teilzunehmen, als eine pädagogische Betreuung zu erfahren.

3. Perspektive

Das 'klassische' Arbeitsfeld des Rockmobils in Gießen, die Bandbegleitung, benötigt, wenn sie weiter verfolgt werden soll, unbedingt einen Innovationsschub. Die vielen, im Grunde zeitlosen und positiven Aspekte der Bandarbeit als Gruppenarbeit müssen neu beschrieben und gestaltet werden. Vor allem auch im Hinblick auf die Akquise neuer Mittel.

Der Ansatz 'Stadtteilbezogene Kulturprojekte' ist heute und wird auch in Zukunft nicht 'gerade mal im Trend' sein, sondern greift fundamentale soziokulturelle Bedürfnisse der Menschen im Stadtteil auf, nämlich den natürlichen Wunsch, sich auszutauschen und soziales Leben in einer gemeinsamen Kultur zu praktizieren. Diese Bedürfnisse können in den M/T-Projekten verwirklicht werden. Die Grundhaltung ist nicht: Jugend mit Defiziten sondern, Jugend mit Kompetenzen.

Für die Kulturarbeit im Stadtteil müssen Gelegenheiten geschaffen werden. Dies bedeutet, daß neben allen Aktivitäten und Programmen zur Beteiligung, Aktivierung oder Mitbestimmung und den verschiedenen sozialpädagogischen Methoden explizit auch Zeit und Raum für ein zweckfreies Miteinander gewährleistet wird, woraus sich Kreativität, Kommunikation und Beziehungen ergeben können, die im Entwicklungsprozess eines M/T-Projekts aufgegriffen, verfeinert und schließlich erfolgreich dargestellt werden können.

Die Multiplikation des Konzepts 'Stadtteilbezogene Kulturprojekte' in der beschriebenen Gestalt, mit den genannten, für die Stadtteilentwicklung positiven Effekten, ist sinnvoll und sollte in der LAG ein Schwerpunkt sein.

Uwe Roepe

D: SACHGEBIET 3: Lokale Beschäftigungsförderung

1. Ausgangslage und Auftrag

Die LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V. hat früh Beratungsfunktionen für Arbeits-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte, die sich aus den Sozialen Brennpunkten entwickelt haben, übernommen. Seit 1985 wird diese Arbeit vom Land Hessen gefördert. Im Referat Existenzsicherungsberatung wird der quartiersbezogene Ansatz durch den lebenslagenbezogenen Ansatz ergänzt. Zentraler Auftrag des Referates, seit der LAG-Umstrukturierung 1997 des Sachgebietes Lokale Beschäftigungsförderung ist es, landesweit Beiträge zur Integration von SozialhilfeempfängerInnen, Langzeiterwerbslosen und Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten (§ 72 BSHG) zu leisten.

Strukturiert wird dieser Auftrag vornehmlich durch die Ziele und Richtlinien der beschäftigungspolitischen Landesprogramme „Maßnahmen Lokale Beschäftigungsinitiativen“, „Arbeit statt Sozialhilfe“, AsS, (bis 1999) sowie das „Hessische Aktionsprogramm Regionale Arbeitsmarktpolitik“, HARA, (seit 1999), über die die Arbeit des Sachgebietes überwiegend finanziert wird.

Durch die Mitarbeit des Sachgebietes an der von der EU geförderten Pilotaktion „3. System und Beschäftigung“, HEPNEST², bestimmt der stadtteilorientierte Beschäftigungsansatz als Bestandteil einer integrierten Stadtteilentwicklung die Arbeit. Auch im Rahmen des neuen Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“, umgesetzt in der „Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt“, HEGISS, (seit 1999), konzentriert sich das Sachgebiet auf die Entwicklung des Bausteines „Stärkung der Lokalen Ökonomie und der Lokalen Beschäftigung“.

2. Tätigkeiten und Arbeitsfelder

Die Referentinnen und die Referenten des Sachgebietes beraten Sozialhilfeträger, kommunale Leitstellen zur Beschäftigungsförderung, Initiativen, Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsträger bei der Ideenfindung, Konzeption und Realisation beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen. Die Beratung zu Fragen der kommunalen Beschäftigungsförderung erfolgt darüber hinaus auch für das Land Hessen, für Träger der Wohlfahrtspflege sowie für die Tarifpartner. Neben der Beratung ist die Fort- und Weiterbildung der Leitungs- und Mitarbeitererebenen von Beschäftigungsunternehmen der zweite Arbeitsschwerpunkt des Sachgebietes.

2.1. Beratung und Unterstützung der hessischen Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsträger

Das Sachgebiet steht in vielfältigen Beratungsverhältnissen zu den hessischen Beschäftigungs-, Ausbildungs- und Qualifizierungsträgern, darüber hinaus auch zu Jugendberufshilfeprojekten und Jugendwerkstätten. Die Beratungen erfolgen telefonisch, direkt vor Ort oder in prozessbegleitender Weise. Intensität, Dauer und Inhalte der Beratungen variieren je nach Problemstellung und Anforderung des Trägers (Auftraggebers). Ende 1999 werden Kontakte und Unterlagen zu ca. hundert hessischen Projekten geführt und bearbeitet, wobei mit jeweils ca. fünfzehn Projekten ein aktuelles, „aktiviertes“ Beratungsverhältnis besteht. Die hessischen

² Siehe Abschnitt E: HEPNEST-Bericht

Beschäftigungsprojekte haben ihre „Gründungsphase“ weitestgehend hinter sich gelassen. Die Beratungsinhalte, die früher stark von Ideenauswahl, Konzeptentwicklung Trägersuche und -gründung sowie Kontaktvermittlung bis hin zur Antragstellung bestimmt waren, haben sich daher geändert. Heute müssen die Projekte vor allem stabilisiert werden, gleichzeitig innovative Ansätze gefunden und realisiert werden.

Regelmäßige Arbeitszusammenhänge auf der Ebene der Geschäftsführer/innen von Beschäftigungsgesellschaften werden nicht nur durch individuelle Beratungsprozesse, sondern auch durch die kontinuierliche Teilnahme an den Treffen der LAG Arbeit, dem Zusammenschluß der hessischen Beschäftigungsgesellschaften, gewährleistet. Aus dem fachlichen Austausch entstehen auch gemeinsame Initiativen. So wird beispielsweise die Veranstaltung der LAG Soziale Brennpunkte zum Einstiegsfeld, dem von der Landesregierung initiierten Modellprojekt zur Implementation und Evaluation einer Kombilohnvariante, im Jahre 1999 in Kooperation mit der „LAG Arbeit“ durchgeführt. Auch eine fachpolitische Stellungnahme zur Stärkung der Rolle und zur Funktionsbestimmung der freien Träger im Kontext von HARA wird Ende 1999 von der LAG gemeinsam mit der „LAG Arbeit“ an das Hessische Sozialministerium gerichtet. Der von der LAG organisierte Arbeitskreis „Jahresgruppe Geschäftsführer“ wird im Einvernehmen mit den bisherigen Mitgliedern eingestellt, da durch die zunehmende Bedeutung der „LAG Arbeit“ für die Geschäftsführer/innen ein weiteres Gremium nicht mehr notwendig ist.

Im Berichtszeitraum haben sich die Beschäftigungsunternehmen trotz der Neufassung der Arbeitsförderung durch das Sozialgesetzbuch III, SGB III, weiterhin mit einer unstillen aktiven Arbeitsmarktpolitik, die von der Bundespolitik vorgegeben wird, auseinandersetzen. Die daraus resultierenden Planungsunsicherheiten für die Träger bestimmen einen großen Teil der Beratungsanfragen. So bleibt die **Beratung zur Kosten- und Finanzierungsplanung und hier die Verknüpfung bestehender Finanzierungsmöglichkeiten zentrale Aufgabe** des Sachgebietes. Das Agieren auf dem Markt und die professionelle Vermarktung der von den Trägern produzierten Produkte und Dienstleistungen ist Gegenstand von Beratungen, die sich auch auf Fragen des Wirtschafts-, Steuer- und Gemeinnützigkeitsrechtes ausdehnen.

Die **juristische Beratung** stellt insgesamt ein umfangreiches und häufig nachgefragtes Gebiet dar: Arbeitsrechtliche Fragestellungen, Fragen zum Arbeitsförderungsreformgesetz, AFRG, und dessen Auswirkungen auf Erwerbslose, Träger und Kommunen, aber auch Berufsbildungs-, Sozial-, Jugendhilferecht werden bearbeitet. Zu einem Schwerpunkt entwickelt sich dabei zeitweise die Frage der Vergabe von gewerblichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, ABM. Die restriktiven Bestimmungen, die nach den ersten Erfahrungen auch folgerichtig geändert werden, führen zu einem Rückgang von ABM insbesondere bei Trägern, die im Garten- und Landschaftsbau oder im Bauhaupt- und Baunebengewerbe qualifizieren und beschäftigen. Die Kooperation mit Handwerkskammern und Innungen wird auch aus diesem Grund immer notwendiger.

Insgesamt zeigt sich, dass **wirtschaftsintegrative Ansätze**, auch die Kooperationsmöglichkeiten mit Betrieben des ersten Arbeitsmarktes in den Beratungen stärker nachgefragt werden. Eine besondere Bedeutung erlangen diese Fragestellungen gerade in den **Entwicklungen sozialräumlich orientierter Beschäftigungsansätze**, die im Rahmen von HEPNEST/HEGISS notwendig sind.

Beratungsbedarf besteht weiterhin zur gemeinnützigen Arbeitnehmerüberlassung, sehr verstärkt zu neuen Vermittlungsinstrumenten für den ersten Arbeitsmarkt (**Direktvermittlung**). Der sozialpolitische, beschäftigungspolitische und finanzielle Druck durch hohe Sozialhilfekosten äußert sich in den grundsätzlichen Nachfragen zu **kommunalpolitischen Rahmenbedingungen und Strategien**, die von Projektträgern und Sozialhilfeträgern an das Sachgebiet gerichtet werden.

2.2. Qualifizierung des Fachpersonals

Die angesprochenen Entwicklungen stellen im Berichtszeitraum hohe Ansprüche an die Professionalisierung des Fachpersonals der Träger. Das Sachgebiet kann durch die Auswertung häufiger Beratungsanfragen sowie durch bestehende regelmäßige Arbeitszusammenhänge den Bedarf der Qualifizierung ermitteln und versucht diesen mit einem detaillierten Fort- und Weiterbildungsangebot zu decken.

Neben dem allgemein ausgeschriebenen Fort- und Weiterbildungsprogramm führt das Sachgebiet Arbeitskreise für spezifische Zielgruppen durch.

Beständige Arbeitskreise sind die **Fortbildungsgruppen für FachanleiterInnen**, geteilt in Nord- und Südhessen, sowie die **Fortbildungsgruppe für BetriebssozialarbeiterInnen**. Auffallend ist, daß von den MitarbeiterInnen der Projektträger, die in sozialpädagogischen und Fachanleitungsfunktionen tätig sind, zunehmend Erschöpfungen und Belastungen im physischen, psychischen und mentalen Bereichen benannt werden. Der langjährige professionelle Umgang mit unterstützungsbedürftigen Menschen bedarf ebenfalls eines Stützsystems, das durch Erfahrungsaustausch, Praxisreflexion und neue Motivation einem beruflichen und persönlichen „burn-out“ entgegenwirkt. Fünf Regionaltreffen Betriebssozialarbeit-Hessen-Süd wurden 1999 mit über 90 TeilnehmerInnen durchgeführt. Die Fachanleiterangebote werden im Gesamt-Fortbildungsprogramm eingeordnet.

Das Sachgebiet koordiniert und leitet einen fortwährenden fachlichen Austausch mit den SachbearbeiterInnen der Hilfe-zur-Arbeit-Leitstellen und der kommunalen Beschäftigungsförderung. Dies sind die „**Hilfe-zur-Arbeit-Facharbeitskreise**“ **Hessen-Nord und -Süd**, die neu organisierten **Arbeitskreise „Vermittlung in Arbeit“ Hessen-Nord und -Süd**. An den Facharbeitskreisen zur Hilfe-zur-Arbeit und zur Vermittlung beteiligt sich die große Mehrzahl der hessischen Sozialhilfeträger und der nichtkommerziellen Organisationen, die die Vermittlung von Sozialhilfebeziehern/innen und Langzeiterwerbslosen in den 1. Arbeitsmarkt als Ziel haben. Das Angebot der Arbeitskreise zum Wissens- und Erfahrungstransfer wird 1998 auf 15 Treffen von über 240 Kolleginnen und Kollegen, 1999 auf 16 Treffen von über 260 Kolleginnen und Kollegen genutzt. Besonders erfreulich ist, dass in allen Arbeitskreisen sowohl im Jahr 1998 als auch im Jahr 1999 steigende Teilnahmezahlen zu verzeichnen ist. Hier werden Ideen und Anregungen gesammelt, diskutiert, qualifiziert aufbereitet und ausgetauscht, um anschließend in der Praxis wirksam zu werden. Die zunehmende Teilnahme zeigt aber auch, dass die inhaltliche Ausrichtung und die Form der Arbeitskreise die Bedarfe der jeweiligen Zielgruppen treffen.

In den Arbeitskreisen ist ein modellhafter Ablauf für die Hilfeplanung erarbeitet worden. Muster für individuelle Hilfepläne und berufliche Förderpläne werden vorgelegt. Mehr als die Hälfte der hessischen Sozialhilfeträger sowie eine große Anzahl an Projekten hat diese Pläne in Dateiform bei der LAG angefordert. Insgesamt werden die Hilfepläne an über 50 Institutionen weitergegeben. Den damit befaßten MitarbeiterInnen wird bei Bedarf Unterstüt-

zung bei der Einführung der Hilfeplanung geleistet. Weiteren Anforderungen und Anfragen beispielsweise zur EDV-Unterstützung in der kommunalen Beschäftigungsförderung, zum Einstiegsgeld oder zur Vermittlung wird mit zeitnahen Angeboten begegnet vorgelegt. Mehr als die Hälfte der hessischen Sozialhilfeträger sowie eine große Anzahl an Projekten hat diese Pläne in Dateiform bei der LAG angefordert. Insgesamt werden die Hilfepläne an über 50 Institutionen weitergegeben. Den damit befaßten MitarbeiterInnen wird bei Bedarf Unterstützung bei der Einführung der Hilfeplanung geleistet. Weiteren Anforderungen und Anfragen beispielsweise zur EDV-Unterstützung in der kommunalen Beschäftigungsförderung, zum Einstiegsgeld oder zur Vermittlung wird mit zeitnahen Angeboten begegnet.

Das allgemein zugängliche **Fort- und Weiterbildungsangebot** wird 1998 und 1999 in Jahresprogrammen präsentiert; die einzelnen Seminare werden zusätzlich in detaillierten Ausschreibungen angeboten. Das Sachgebiet führt 1998 6 Seminare oder Tagungen durch mit insgesamt knapp 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. 1999 kann die Anzahl der Seminare auf 13 mit knapp 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhöht werden.

Die TeilnehmerInnen werden qualifiziert zu u.a. folgenden Themen: Rechtliche Grundlagen/Arbeitsrecht, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Sponsoring, Controlling/Rechnungswesen, Innovative Projekte, Hilfeplanung, Vermittlung in den 1. Arbeitsmarkt, MigrantInnen in Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekten, Schuldnerberatung, Gemeinnützigkeitsrecht, Fachanleiterseminare, Einsteigerseminare, Lokale Qualifizierungsbüros/Freiwilliges Soziales Trainingsjahr.

Die Fachseminare werden überwiegend von den ReferentInnen des Sachgebietes selbst konzipiert und durchgeführt.

Nicht nur in den regelmäßigen Arbeitskreisen und im veröffentlichten Fort- und Weiterbildungsprogramm erfolgt die Qualifizierung des Fachpersonals. Betriebsinterne Fortbildungsveranstaltungen und prozeßbegleitende Organisationsentwicklung, aber auch die Wissensvermittlung in der alltäglichen Beratung dienen dem gleichermaßen.

2.3. Sicherung und Weiterentwicklung der Förderstrukturen „Arbeit-statt-Sozialhilfe“ / Lokale Beschäftigung / „Hessisches Aktionsprogramm Regionale Arbeitsmarktpolitik“

Das Sachgebiet arbeitet kooperativ mit dem Hessischen Sozialministerium und den Sozialhilfeträgern an der Ausgestaltung der Landesprogramme. In der fachpolitischen Auseinandersetzung um die beschäftigungspolitischen Landesprogramme werden 1998 Vorschläge zur Fortentwicklung des Arbeit-statt-Sozialhilfe-Programmes gemacht. Die arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Förderlandschaft in Hessen hat sich nach dem Regierungswechsel weiterentwickelt. Die LAG und das Sachgebiet führen mit der neuen Landesregierung einen konstruktiven Dialog für die zielgruppengerechte und zielgenaue Förderung von Qualifizierung, Ausbildung, Beschäftigung und Vermittlung. Mit der Absicherung des Landesprogrammes „**Maßnahmen Lokale Beschäftigungsinitiativen**“, der Fortführung bzw. dem Ausbau des Programmes „**Ausbildung statt Sozialhilfe**“ sowie vor allem mit dem neuen „**Hessischen Aktionsprogramm Regionale Arbeitsmarktpolitik**“ (**HARA**) macht die Landesregierung deutlich, dass sie einerseits eine zielgruppenorientierte Steuerungsfunktion für die Beschäftigungsförderung in Hessen übernehmen, andererseits den Wünschen der Gebietskörperschaften nach einer Flexibilisierung der Programme entgegenkommen will.

Auch die Erprobung von **Kombilohnmodellen** wird im Berichtszeitraum von der Landesregierung beschlossen. Die zugrundeliegenden konzeptionellen Überlegungen stellt die LAG im September 1999 in Kooperation mit der LAG Arbeit erstmals einer breiteren Fachöffentlichkeit in Hessen vor. Herr Staatssekretär Karl-Winfried Seif und Vertreter des IAW, dem die Betreuung des Modellversuchs übertragen wird, stellen sich der Diskussion mit 130 Expertinnen und Experten.

Der Beginn der neuen EU-/ESF Förderperiode 2000 bis 2006 ist ebenfalls mit neuen Chancen für die hessische beschäftigungspolitische Förderlandschaft verknüpft. Die LAG arbeitet im Konsultationsprozeß des Landes Hessen mit und stellt Informations- und Beratungsangebote bereit.

3. Perspektive

Die **Sicherung qualitativer Standards** in der kommunalen Beschäftigungsförderung gilt es weiter zu bearbeiten. Besonders die Fragen zur **Anwendung von Benchmarking-Methoden im Bereich der Hilfe-zur-Arbeit für aussagefähige Statistiken und vergleichende Optimierung** werden praktikable Antworten erfordern.

Der zielgruppengerechten Anwendung des § 25 BSHG ist nur bei realistisch-integrativen Angeboten zu erreichen (Fördern und Fordern!). Die Ausgestaltung von **Zuwendungs- und Leistungsverträgen** wird im rechtlichen Bereich als neuer Schwerpunkt bearbeitet.

Eine besondere Bedeutung wird zukünftig die **Profilierung des beschäftigungsorientierten Ansatzes innerhalb von HEGISS** bekommen.

Das Sachgebiet wird an einem **Leitbild zur Gestaltung Lokaler Ökonomie** mitwirken, das auf den Erfahrungen der Beschäftigungsförderung, insbesondere in hessischen benachteiligten Quartieren beruht und innovativ weiter zu entwickeln sein wird.

Die Schaffung neuer Möglichkeiten zur lokalen Beschäftigung/Qualifizierung und Schaffung neuer Arbeitsplätze ergibt sich aus einer Vielzahl von unerledigten Aufgaben in benachteiligten Stadtteilen. Die nicht befriedigten Bedürfnisse bieten Ansätze für Projektentwicklungen im Bereich der lokalen Wirtschaft und gemeinwesenbezogenen Dienstleistungen. Neben den klassischen Trägern der lokalen Ökonomie können sich auch **neue Ansätze der Gemeinwesenökonomie** in Form gemeinwohlorientierter Beschäftigungsträger bzw. Solidargemeinschaften entwickeln. Zwei Bereiche sind intensiv zu bearbeiten:

- a) Zu prüfen ist, **wie die Programmvoraussetzungen nach SGB III und BSHG auch die lokalen Ziele unterstützen**, so daß die Beschäftigungsangebote auch die Bevölkerung in den benachteiligten Stadtteilen erreichen. Positive Erfahrungen werden mit Programmansätzen wie z.B. „Lokale Qualifizierungsbüros“ aus dem Programm E&C und den Möglichkeiten des Experimente-Ansatzes aus dem „Hessischen Aktionsprogramm Regionale Arbeitsmarktpolitik“ gemacht.
- b) Die **lokale Wirtschaftsförderung** bietet einen zweiten Bereich der Aktivierung von Beschäftigungspotentialen im Gemeinwesen. Die Förderung der freien Wirtschaft und des Gewerbes, die Unterstützung und Ansiedlung von kleinen und mittleren Unternehmen wird im Programm „Soziale Stadt“ nur zögerlich angegangen. In den meisten Kommunen hält sich die kommunale Wirtschaftsförderung, die eigentlich wichtiger Partner eines integrierten Handlungskonzeptes sein sollte, mit eigenen Aktivitäten eher zurück.

Jochen Partsch

E: EU- Pilotaktion „3. System und Beschäftigung“ „HEPNEST“-Hessisches Projektnetz Wohngebiets- und Stadtteilmanagement

HEPNEST- Zusammenfassung⁸

Die LAG Soziale Brennpunkte hat in Partnerschaft mit Trägern der Sozial- und Gemeinwesenarbeit, Kommunen und Wohnungsunternehmen auf lokaler Ebene sowie mit verschiedenen Ministerien des Landes Hessen, Instituten und Verbänden auf Landesebene in den Jahren 1998/99 eine zur Hälfte von der EU geförderte Pilotaktion in ihrer Trägerschaft durchgeführt. Diese Pilotaktion hat für die „Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt“ (HEGISS) sowohl fachliche als auch politische Impulse gesetzt.

1. HEPNEST als Unterstützungs- und Politiknetzwerk

„HEPNEST ist die Entwicklung einer zweistufigen, intermediären Unterstützungsstruktur für Aktivitäten und Akteure des „Dritten Systems“ zwischen Markt und Staat. In Stadtteilen, die durch Arbeitslosigkeit, Armut, Sozialhilfeabhängigkeit, ethnische Konflikte und soziale Ausgrenzung gefährdet sind, sollen aus alltäglichen Problemen Produktideen und aus unbefriedigten Bedürfnissen Projekte entwickelt werden.“

Vorrangiges Ziel und Aufgabe des Projektvorschlags HEPNEST ist es, ein Mehrebenen-Kooperations-, Kompetenz- und Politiknetzwerk auf-/auszubauen, um Dienste zur Unterstützung von Initiativen in benachteiligten Stadtgebieten einzurichten, zu entwickeln und zu professionalisieren.

An den vier HEPNEST-Pilotstandorten wurden „Stadtteilwerkstätten“ (im Antrag PIZ-Pilotinnovationszentren) eingerichtet, in denen GemeinwesenarbeiterInnen beschäftigt werden, die in den Städten und Siedlungen:

- Potentiale aus der Bürgerschaft unterstützen und fördern
- Kooperationsstrukturen zwischen Kommune, Wirtschaft und Trägern unterstützen/fördern
- Projekte zur Stabilisierung von Nachbarschaften unterstützen/fördern und
- Projekte zur Förderung von lokaler Beschäftigung entwickeln.

Die Standorte sind Darmstadt, Dietzenbach, Frankfurt und Gießen. Wichtigste örtliche Partner sind Initiativgruppen aus der Bewohnerschaft, freie Träger der Wohlfahrtspflege, lokale Beschäftigungsträger, beteiligten Wohnungsunternehmen und Vertreter der Kommunen.

Bei dem HEPNEST-Träger der Pilotaktion (LAG) wurde eine Fachberatung eingerichtet, die die internen LAG-Ressourcen nutzt und erweitert. Die Fachberatung bietet dem örtlichen Akteurs-Netzwerk und den beteiligten Kooperationspartnern auf regionaler Ebene durch Prozeßbegleitung, Veranstaltung von Workshops/ Tagungen, Know-How-Transfer, Mitwirkung an der Projektentwicklung und organisatorische und technische Hilfen notwendige Unterstützung an. In Kooperation werden Partnerschaften und Netzwerke erweitert, neue Siedlungsstandorte einbezogen sowie durch fachliche und politische Lobbyarbeit neue Ressourcen erschlossen. Inzwischen werden weitere 11 Standorte durch die dargestellte Fachberatung unterstützt und in HEPNEST- Aktivitäten einbezogen.

⁸ Vorgelegte Fassung v. 29.11.99, siehe auch ausführlichen LAG-Schlußbericht des EU-Projekt v. 09/99

Die HEPNEST-Pilotaktion wird vom Institut Wohnen und Umwelt (IWU) in Darmstadt evaluiert. Der EU-Kommission wurde ein Zwischenbericht bzw. wird ein Schlußbericht des IWU vorgelegt.

2. HEPNEST- Partnerschaften

Die HEPNEST-Partnerschaften haben sich über den Projektverlauf auf lokaler und regionaler Ebene intensiviert und erweitert. Dabei haben die HEPNEST-Akteure des „3. Systems“ mit den traditionellen „Staat und Markt“-Akteuren neue Kooperationsformen/strukturen entwickeln können, die integrierte und synergetische Handlungskonzepte und Projekte hervorgebracht haben. Neue Ressourcen werden erschlossen bzw. bestehende werden besser zusammengeführt.

Auf Landesebene entsteht aus HEPNEST eine Arbeitsgemeinschaft aus Land/Kommunen, Wohnungswirtschaft, freien Trägern und lokalen Initiativen, die die „Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt“ (HEGISS) unterstützt. Mit HEGISS ist ein erweiterter Kooperationsrahmen entstanden, der Akteure aus den „1.-, 2.- und 3.-Systemen“ zusammenführt, um das neu entwickelte Bund/Länder-Programm „Soziale Stadt“ in Hessen umzusetzen. Durch die fachlichen und politischen Impulse von HEPNEST stehen neue Ressourcen zur Verfügung.

Auf Europaebene wurde im Rahmen der HEPNEST- Pilotaktion mit dem gegenseitigen Erfahrungsaustausch über CDS Liverpool eine neue transnationale Vernetzung mit verschiedenen Partnern in Liverpool/ Region Mersey Side intensiviert bzw. neu begonnen (Vergleich: Lokale Partnerschaft/ Beschäftigung/ Arbeitsweise). Über das IWU wird eine kontinuierliche Kooperation sichergestellt. Weitere Partnerschaften bestehen über das LAG-Frauenreferat zu Frauennetzwerken in Rotterdam, Niederlande zum Thema BürgerInnenaktivierung/-beteiligung/-beschäftigung. Der transnationale Austausch erhält weitere Impulse durch die europäischen Veranstaltungen im Rahmen der LAG-Kooperationen im Bundesnetzwerken mit europäischen Netzwerken (u.a. FEANTSA, REVES).

3. HEPNEST- Multiplikation/ Kommunikation

Die HEPNEST-Pilotaktion wird durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit auf lokaler und regionaler Ebene begleitet. Die HEPNEST-ProjektentwicklerInnen, Fachberater und das LAG Team stellen ihre Konzepte und Erfahrungen sowohl auf bundesweiten und regionalen Fachforen, als auch in örtlichen und überörtlichen Medien vor. Durch Präsentationen und Veröffentlichungen multiplizieren sich die Erfahrungen. Neue HEPNEST-Standorte kommen hinzu und auch bundesweit wird HEPNEST- Know-How abgefragt.

Auf örtlicher Ebene findet in den Kommunen und in den Stadtteilen über die HEPNEST-Stadtteilwerkstätten ein intensives Arbeitsprogramm mit StadtteilbewohnerInnen/ Stadtteilakteuren/ Beschäftigungsträgern/ Wohnungswirtschaft/Unternehmen/Politik/ Verwaltung statt.

Durch neue Informations- und Kommunikationstechnologie wird die Kommunikation unter den HEPNEST-Beteiligten verbessert und effektiviert. Durch Bereitstellung eines HEPNEST-Servers durch die GMD und die Ausstattung der Arbeitsplätze mit innovativer PC- und Internet-Technik entwickeln sich neue Möglichkeiten der Kommunikation. Die teilweise erfolgte Präsentationen im Internet ermöglichen neue Zugänge zu den Stadtteilakteuren.

4. HEPNEST- Projektentwicklung

An den HEPNEST-Pilotstandorten wurden Projekte entwickelt, die Eingliederungshilfen und neue Beschäftigungsimpulse für benachteiligte Gruppen in den gefährdeten Siedlungen schaffen. Es wurden im Rahmen eines „Kooperativen Stadtteilmanagements“ neue Formen der Kooperation von öffentlichen, privaten und gemeinnützig/bürgerschaftlichen Akteuren geschaffen, die dazu dienen, zukünftig nachhaltig beschäftigungswirksame Projekte zur sozialen Stadtteilentwicklung aufzubauen und zu stabilisieren.

Erreicht werden konnte, daß

- in den Stadtteilen bürgerschaftliche Potentiale angeregt und Kommunikations- und Kooperationsformen gefunden wurden (Nachbarschaftstreffs, Bürgerforen, Vereine usw.)
- in den Stadtteilen Netzwerke von Stadtteilakteuren zur Abstimmung und Verbesserung sozialer Infrastruktur gebildet wurden
- in Kooperation mit Trägern des „3. Systems“ Qualifikations- und Beschäftigungsprojekte entwickelt und realisiert wurden
- in Zusammenarbeit mit Kommunen, Wohnungswirtschaft und gemeinnützigen Trägern Finanzierungsmöglichkeiten zur nachhaltigen Beschäftigung geschaffen wurden.

An den Standorten sind während der Pilotaktion Projekte entwickelt worden, von denen die folgenden bereits direkte Beschäftigungseffekte vorweisen:

Darmstadt- Bilanz:	6 Stellen/ Vermittlungen
Dietzenbach- Bilanz:	31 Stellen/ ProjektteilnehmerInnen
Frankfurt- Bilanz:	15 Stellen/ ProjektteilnehmerInnen
Gießen- Bilanz:	11 Stellen/ ProjektteilnehmerInnen
LAG- Geschäftsstelle- Bilanz:	4 Stellen

Gesamtbilanz: **67 Stellen/TeilnehmerInnen/Vermittlungen**

5. HEPNEST- Perspektiven

An den vier Pilotstandorten sind in den „Stadtteilwerkstätten“ während der Projektphase 8 zusätzliche Arbeitsplätze für Gemeinwesenarbeit/ Projektentwicklung geschaffen worden. An weiteren sechzehn HEPNEST/HEGISS-Standorten werden derzeit vergleichbare Strukturen und Arbeitsplätze entwickelt, so daß in Kürze mindestens 30 weitere zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten in diesem Bereich entstehen werden.

Auf Landesebene wird die HEPNEST-Fachberatung während der Projektphase von einem Team aus 2 Personalstellen dargestellt. Durch eine einzurichtende „HEGISS-Geschäftsstelle“ wird diese Struktur abgesichert.

Durch die HEPNEST-Pilotaktion ist in Hessen ein Kooperationsrahmen für Akteure des „3. Systems“ entwickelt worden, der in diesem Bereich zukünftig weitere zusätzliche Beschäftigungsimpulse ermöglicht. Durch Fördermittel aus dem Bund/ Länderprogramm „Soziale Stadt“ entstehen neue Potentiale nicht nur an den Pilotstandorten, sondern darüber hinaus an insgesamt ca. 20 hessischen Standorten. Im Rahmen von HEGISS wird es, so hat es die durchgeführte HEPNEST-Pilotaktion eindeutig gezeigt, einen deutlichen Multiplikationseffekt zur Schaffung von neuen Beschäftigungsfeldern und Arbeitsplätzen geben.

Reinhard Thies

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Vorstand hat als Vorgabe gemacht:

1. der anliegende Tätigkeitsbericht 98/99 soll auf die Jahre 1998 – 2000 erweitert werde.
2. die Aufbereitung soll so erfolgen, daß eine allgemeine Veröffentlichung möglich ist (d.h. nicht nur intern und Ministerium).

Haltet Euch bitte an die Terminvorgaben.

Termine für Tätigkeitsbericht für die Jahre 1998 – 2000

bis	
25.03.01	Verteilung des Bericht 98-99 (auf Diskette und als Blattsammlung)
27.04.01	Abgabetermin überarbeiteter Tätigkeitsbericht für die Jahre 1998 – 2000 für die Referenten und Sachgebietsleiter
11.05.01	Verteilung des 1. Entwurfs an die Sachgebietsleiter
22.05.01	1. Redaktionssitzung
29.05.01	2. Redaktionssitzung
05.06.01	Redaktionsendsitzung
12.06.01	Abgabe des Tätigkeitsberichtes

Frankfurt, 22.03.2001

Reinhard Thies

Anlagen: Disc/Text